

Rheinlandpfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

1982

INHALT

- Ausländer in Rheinland-Pfalz** 73 Die amtliche Statistik gibt Aufschluß über die Lebensverhältnisse der hier ansässigen Ausländer und ihre Besonderheiten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.
-
- Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1981** 82 Von den landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist ein großer Teil gleichzeitig in außerlandwirtschaftlichen Berufen tätig. Die Aufgaben in Betrieb und Haushalt bedeuten eine starke Belastung für die Ehefrauen der Betriebsinhaber.
-
- Energiepreise 1981** 85 Die Entwicklung des Erdölpreises zeigte auch 1981 erhebliche Auswirkungen auf das Preisniveau.
-
- Straffälligkeit 1971 bis 1980** 89 Die Beobachtung der Verurteilungshäufigkeiten zeigt eine unterschiedliche Entwicklung der Straffälligkeit in den einzelnen Personengruppen. Im Gegensatz zu den Erwachsenen und Heranwachsenden ist bei den Jugendlichen eine deutliche Zunahme festzustellen.
-
- Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform 1977** 94 Die in Rheinland-Pfalz ansässigen Körperschaftsteuerpflichtigen erwirtschafteten 1977 einen Gewinn von 1,85 Mrd. DM. 788 Mill. DM waren davon als Körperschaftsteuer abzuführen.
-
- Anhang** 25* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-
- Kreisübersichten 1982** Teil I: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

87% der Ausländer kamen aus europäischen Ländern

Ende September 1981 lebten über 169 200 Ausländer in Rheinland-Pfalz. Das sind 4,6% der Bevölkerung (Bundesdurchschnitt 7,5%). Die weitaus meisten ausländischen Mitbürger (87%) stammten aus europäischen Ländern. Jeder dritte war Türke. In fast 60% der Ausländerhaushalte lebten drei oder mehr Menschen, bei der Gesamtbevölkerung gut 46%. Auf 1 000 Ausländer kamen 17 Neugeborene, bei der Gesamtbevölkerung waren es zehn. Einem Geburtenüberschuß von 14,6 je 1 000 Einwohner bei den Nichtdeutschen stand ein Gestorbenenüberschuß von 1,7 bei der gesamten Bevölkerung gegenüber. Bei den Zuzügen der Ausländer spielte die Familienzusammenführung eine Rolle, fast 54% des Wanderungsgewinns der Ausländer mit europäischen Ländern entfiel auf Familienangehörige.

Rund 22 600 Ausländerkinder besuchten 1981/82 die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Fast 88% von ihnen gingen in die Grund- und Hauptschule. Von der Gesamtzahl der Schüler waren es 57%. Der Ausländeranteil in dieser Schulart war mit 6,9% weit höher als in den Realschulen (1,2%) und Gymnasien (0,9%).

Die Erwerbsbeteiligung der ausländischen Bevölkerung lag 1981 mit 47% höher als bei der Gesamtbevölkerung (44%). 73% der Nichtdeutschen verdienten ihren Lebensunterhalt als Arbeiter, rund 21% als Angestellte. Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen waren mehr Angestellte oder Beamte (46%) als Arbeiter (42%). ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 73

Weniger Eheschließungen, aber mehr Geburten

Im Jahre 1981 wurden vor rheinland-pfälzischen Standesbeamten 22 710 Ehen geschlossen, das sind 558 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Lebendgeborenen erhöhte sich geringfügig auf 37 402, ohne daß damit ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit verbunden war. Der Anteil der Ausländergeburten lag unverändert bei 7,5%.

Es wurden 44 269 Sterbefälle registriert, so daß sich ein Gestorbenenüberschuß von 6 867 ergibt. Nur noch 422 Kinder starben im ersten Lebensjahr, knapp die Hälfte von ihnen in den ersten sieben Lebenstagen. Auf 1 000 Lebendgeborene kamen somit 11,3 Todesfälle innerhalb des ersten Lebensjahres. Das ist die niedrigste Säuglingssterbeziffer seit Bestehen des Landes. hl

Jede dritte Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft ist außerbetrieblich erwerbstätig

In den landwirtschaftlichen Betrieben in Rheinland-Pfalz arbeiteten im April 1981 rund 67 800 Betriebsinhaber und 82 100 mithelfende Familienangehörige.

Vollbeschäftigt sind 40% der Betriebsinhaber und 14% der Familienmitglieder. In den großen Betrieben über 30 ha sind diese Anteile mit 90 bzw. 27% beträchtlich höher. Jede dritte Familienarbeitskraft und sogar jeder zweite Betriebsinhaber geht auch einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach. Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte (7 100) waren in 2 800 Betrieben anzutreffen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Familienarbeitskräfte in Betrieben ab 2 ha um knapp 44% vermindert, wobei der Rückgang in jüngster Zeit deutlich geringer geworden ist. Bei den ständigen familienfremden Personen trat seit 1969 eine Verringerung um knapp die Hälfte ein. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 82

Trunkenheitsdelikte im Straßenverkehr nehmen zu

Die Zahl der den Polizeibehörden bekanntgewordenen Straftaten hat in den vergangenen Jahren ständig zugenommen. 1980 wurden in Rheinland-Pfalz fast 183 000 Fälle registriert, gut die Hälfte mehr als zehn Jahre zuvor. Die Aufklärungsquote lag 1980 bei 50%. Verglichen mit der Gesamtkriminalität im Bundesgebiet zeigt sich in Rheinland-Pfalz ein günstigeres Bild. Auf 100 000 Einwohner entfielen hier 5 008 Straftaten, im Bundesgebiet 6 200, von denen 45% aufgeklärt wurden.

Die Zahl der von den Gerichten verurteilten Täter lag in den einzelnen Jahren von 1971 bis 1980 zwischen 37 000 und 46 000. Bezogen auf 100 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung ergibt sich eine Verurteilungshäufigkeit von 1 300 bis 1 500. Die Entwicklung der Verurteilungsziffern zeigt Unterschiede der Straffälligkeit in den einzelnen Personengruppen. Während bei den Jugendlichen eine deutliche Zunahme der Verurteilungshäufigkeit zu registrieren ist (+ 25%), stagniert diese bei den Erwachsenen. Bei den Heranwachsenden zeigt sich seit dem Jahre 1978 sogar ein stetiger Rückgang; ihre Verurteilungsziffer liegt aber immer noch dreimal so hoch wie bei den Erwachsenen. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 89

850 m² Grundstücksgröße für Einzelhäuser

Die Grundstücke der im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz genehmigten Einzelhäuser waren im Durchschnitt 850 m² groß. Doppel- und Reihenhäuser sollen auf 642 bzw. 467 m² gebaut werden.

Unter den insgesamt zum Bau freigegebenen 11 735 Eigenheimen waren 1 284 Reihenhäuser (11%) und 681 Doppelhäuser (6%). Freistehende Einzelhäuser erreichten mit 81% den höchsten Anteil. hw

kurz + aktuell

Benzin- und Heizölpreise im März rückläufig

Im März sind in Rheinland-Pfalz Normal- und Superbenzin erneut billiger geworden. Ein Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete durchschnittlich 1,25 DM, 3% weniger als im Januar, ein Liter Superbenzin 1,31 DM (— 2,8%). Der Preis für Dieselkraftstoff ging auf 1,26 DM (— 1,8%) zurück. Ringfreie Tankstellen verkauften einen Liter Normalbenzin für 1,24 DM (— 3,1%) und Superbenzin für 1,29 DM (— 2,9%).

Beim Heizöl stellte sich der Literpreis bei Abnahme von 5 000 Litern im März auf 70 Pfennig. Das sind 6,5% weniger als im Vormonat und 2,4% weniger als ein Jahr zuvor.

Teurer wurden von März 1981 bis März 1982 Äpfel (+ 43%) und Birnen (+ 11%). Bis zu 33% weniger war für Frischgemüse zu zahlen. hr

Energie verteuerte sich 1981 weiter

Unter den Verbraucherpreisen fiel 1981 der Preisanstieg für Benzin mit rund einem Fünftel am höchsten aus. Für einen Liter Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) mußten im Januar noch 1,23 DM bezahlt werden, im Dezember bereits 1,41 DM (+ 15%). Die jahresdurchschnittliche Verteuerung belief sich sogar auf 20%; sie wurde maßgeblich durch die Anhebung der Mineralölsteuer verursacht. Bei insgesamt neun Preisanhebungen erreichte der Benzinpreis (Markenware mit Bedienung) im September des vergangenen Jahres mit 1,52 DM den Höchststand, ging dann aber bis Dezember um 11 Pfennig auf 1,41 DM zurück. Der Benzinpreis reagierte kurzfristig auf stärkere Veränderungen des Dollarkurses.

An Tankstellen mit Bedienung wurde ringfreies Benzin um durchschnittlich 4 Pfennig billiger angeboten als Markenbenzin. Bei Selbstbedienung sparte der Verbraucher für Normal- und Superbenzin an Markentankstellen pro Liter 3 Pfennig, an ringfreien Tankstellen 1 bis 2 Pfennig.

Leichtes Heizöl, das in den Sommermonaten meist etwas billiger angeboten wird als im Winter, war erstmals seit vielen Jahren im August und September 1981 mit jeweils 79 Pfennig je Liter (bei einer Abnahme von 5 000 Litern) am teuersten. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Heizölpreis um 18% auf 73 Pfennig.

Die Tarife für Haushaltsgas wurden 1981 deutlich angehoben, und zwar für die meisten Versorgungsgebiete im Januar oder Oktober. Im Jahresdurchschnitt belief sich der Preisanstieg auf 18%; er traf vor allem Haushalte, die nicht nur mit Gas kochen, sondern auch heizen.

Die Verbraucherpreise für Elektrizität erhöhten sich 1981 um 11% und damit am geringsten unter allen Energieträgern, aber doch deutlich stärker als das gesamte Verbraucherpreisniveau (+ 5,9%).

Seit 1973/74 hat die Nachfrage nach Erzeugnissen des Kohlenbergbaus kräftig zugenommen, was zu einer starken Ausweitung der Kohleförderung führte. Steinkohle kostete 1981 um 14% mehr, Anthrazit-Eierbriketts und Braunkohlenbriketts jeweils 15%. wr
Mehr über dieses Thema auf Seite 85

Jeder 20. Haushalt erhält Wohngeld

Am Jahresende 1981 bezogen 70 849 rheinland-pfälzische Haushalte und damit jeder 20. Wohngeld. Der 1981 ausgezahlte Betrag überstieg mit 105 Mill. DM erstmals die 100 Millionen DM-Grenze. Die Zahl der Wohngeldempfänger lag infolge des ab 1. Januar 1981 geltenden neuen Wohngeldrechts um 10%, der ausgezahlte Wohngeldbetrag um 39% höher als 1980.

Die meisten Wohngeldempfänger waren Rentner und Pensionäre. Ihr Anteil nahm von 67% im Jahre 1980 auf 61% ab. Im Schnitt erhielt im Dezember 1981 jeder Haushalt 107 DM Wohngeld gegenüber 83 DM im Vorjahr. ne

Um 4,4% niedrigere Steuereinnahmen der Gemeinden

Die kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz - das sind die Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise - haben im Jahre 1981 insgesamt 9,6 Mrd. DM ausgegeben. Das sind 7,2% mehr als 1980. Die Einnahmen erhöhten sich gleichzeitig um 5,1% auf 9,5 Mrd. DM. Damit ergibt sich ein kassenmäßiges Defizit von 112 Mill. DM.

Seit 1980 haben sich die Personalausgaben um 6,4% auf 1,9 Mrd. DM und die sächlichen Verwaltungsausgaben um 9,6% auf 1,2 Mrd. DM erhöht. Die zu zahlenden Zinsen verzeichneten einen Anstieg um 22% auf 506 Mill. DM. Die Ausgaben für Sachinvestitionen wurden um 0,5% auf 2,3 Mrd. DM erhöht, wobei die darin enthaltenen Ausgaben für eigene Baumaßnahmen um 0,6% auf 1,9 Mrd. DM zurückgingen.

Die Steuereinnahmen waren mit netto 2,7 Mrd. DM um 4,4% niedriger als 1980. Das Gewerbesteueraufkommen belief sich auf 1,3 Mrd. DM (— 8,7%). Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieb den Gemeinden aus der Gewerbesteuer noch netto 1 Mrd. DM. Ebenfalls rückläufig war der Anteil an der Einkommensteuer; er verringerte sich um 0,9% auf 1,2 Mrd. DM. Lediglich die Grundsteuern stiegen um 1,7% auf 324 Mill. DM.

In dieser Situation stellten die um 12,4% auf 2 Mrd. DM gestiegenen Landeszuweisungen eine wesentliche Ergänzung der kommunalen Einnahmen dar. Die Verschuldung der Kommunen nahm 1981 wieder etwas stärker zu; sie lag mit 6,5 Mrd. DM um 6,4% höher als Ende 1980. be

Ausländer in Rheinland-Pfalz

Die amtliche Statistik enthält zahlreiche Daten über die Ausländer, vermittelt aber dennoch kein vollständiges Bild. Zum einen erfaßt sie nicht alle Lebensbereiche, zum anderen ist bei den Erhebungen nicht immer ein gesonderter Nachweis der Ausländer möglich. Die Verwendung von Materialien aus verschiedenen Statistiken, unterschiedliche Erhebungszeitpunkte und eine nicht immer einheitliche Abgrenzung der Personenkreise können zudem die Vergleichbarkeit einschränken.

Ausländeranteil unter dem Bundesdurchschnitt

Nach den Auszählungen des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters lebten Ende September 1981 rund 4,6 Millionen Ausländer im Bundesgebiet. Das waren 4% oder 177 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor.

Von diesen Ausländern wohnten 169 237 in Rheinland-Pfalz. Das sind 3,7% aller Ausländer bei einem Anteil des Landes an der Gesamtbevölkerung von 5,9%. Daraus errechnet sich ein Ausländeranteil von 4,6% an der Bevölkerung des Landes, ein Wert, der deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (7,5%) liegt. Prozentual weniger Ausländer als Rheinland-Pfalz hatte 1981 das Saarland (4,3%), Niedersachsen (4,1%) und Schleswig-Holstein mit 3,6%. Den höchsten Ausländeranteil an der Bevölkerung verzeichnete Berlin (11,9%), gefolgt von Baden-Württemberg (10%) und Hamburg und Hessen (je 9,2%).

Die Zunahme zwischen September 1980 und 1981 belief sich für Rheinland-Pfalz auf 6 389 Personen

oder 3,9% (Bundesgebiet 4%). Unter dem Bundesdurchschnitt lagen auch Bayern (+ 3,7%), Hessen (+ 3,5%) und Baden-Württemberg (+ 2,2%). Die höchste Zunahme innerhalb eines Jahres verzeichnete Schleswig-Holstein mit + 7,8%. Damit hat sich der Anstieg der Ausländerzahlen etwas verlangsamt. Zwischen 1979 und 1980 hatte die Steigerungsrate im Bundesdurchschnitt noch 7,5%, in Rheinland-Pfalz sogar 9,8% betragen.

Jeder 22. Rheinland-Pfälzer ist Ausländer

Die langfristige Entwicklung zeigt unterschiedliche Phasen im Zustrom von Ausländern nach Rheinland-Pfalz. Lag die Zahl der Ausländer 1960 noch bei gut 31 000 Personen, so hatte sie sich bereits 1970 mehr als verdreifacht. Eine nochmalige Erhöhung um rund 50% war bis 1974 zu beobachten. Zu dieser Zeit wurde mit über 155 000 Ausländern ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Im Jahr danach zeichnete sich ein Rückgang auf ungefähr 150 000 Personen ab, der sich von 1976 bis 1979 auf Werte zwischen 141 000 und 148 000 veränderte. 1980 stieg die Zahl der hier lebenden Ausländer wieder deutlich an.

War 1960 erst jeder 109. Bewohner von Rheinland-Pfalz ein Ausländer, so hatte bereits 1970 jeder 36. keine deutsche Staatsangehörigkeit. Nach zehn weiteren Jahren ist nun jeder 22. Bewohner des Landes Ausländer, im Bundesgebiet sogar jeder 13. Einwohner. In Berlin, dem Land mit dem höchsten Ausländeranteil, ist bereits jeder achte Bürger Ausländer.

Ausländer in den Ländern des Bundesgebietes Ende September 1980 und 1981

Land	1980			1981			Veränderung	
	1 000	%	je 1 000 Einwohner	1 000	%	je 1 000 Einwohner	1 000	%
Schleswig-Holstein	86,5	1,9	33	93,3	2,0	36	6,7	7,8
Hamburg	143,1	3,2	87	151,6	3,3	92	8,4	5,9
Niedersachsen	284,7	6,4	39	299,1	6,5	41	14,5	5,1
Bremen	48,1	1,1	69	51,2	1,1	74	3,1	6,4
Nordrhein-Westfalen	1 377,6	30,9	81	1 435,2	31,0	84	57,6	4,2
Hessen	499,4	11,2	89	516,9	11,2	92	17,5	3,5
Rheinland-Pfalz	162,8	3,7	45	169,2	3,7	46	6,4	3,9
Baden-Württemberg	912,9	20,5	99	933,1	20,2	100	20,2	2,2
Bayern	683,2	15,3	63	708,6	15,3	65	25,4	3,7
Saarland	43,6	1,0	41	45,6	1,0	43	2,0	4,6
Berlin (West)	211,3	4,7	111	225,9	4,9	119	14,6	6,9
Bundesgebiet	4 453,3	100,0	72	4 629,7	100,0	75	176,4	4,0

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1/82.

Höchster Ausländeranteil in der Stadt Ludwigshafen

Die regionale Verteilung der Ausländer ist sowohl innerhalb des Landes als auch nach Nationalitäten recht unterschiedlich, da die Beschäftigung von Ausländern stark von den wirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt wird. Außerdem neigen größere Unternehmen dazu, Ausländer derselben Nationalität zu beschäftigen.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit fast 50% der Gesamtbevölkerung des Landes wohnten 64% der Ausländer. Das entspricht einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von 6% gegenüber 4,6% im Landesdurchschnitt. Dagegen waren die Prozentsätze in den Regierungsbezirken Koblenz (3,9%) und Trier (1,8%) unterdurchschnittlich. Besonders im Regierungsbezirk Trier, wo zwar 12,9% der Bevölkerung, aber nicht einmal 5% der Ausländer des Landes lebten, waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Ausländerbeschäftigung ungünstiger.

Deutlich zeigt sich auch die Konzentration der Ausländer in den Städten. Während rund 27% der Gesamtbevölkerung in den kreisfreien Städten des Landes gezählt wurden, waren es bei den Ausländern 46%. Der Ausländeranteil lag im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 7,9% deutlich über dem der Landkreise (3,4%), da sieben der zwölf Städte, aber

nur drei der 24 Kreise über dem Landeswert liegende Ausländeranteile aufwiesen. Am höchsten waren diese in den Städten Ludwigshafen und Mainz, wo 13,6% bzw. 11,2% der Bevölkerung eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hatten. Es folgen Frankenthal mit 10,6 und Speyer mit 8,4%. Die relativ wenigsten Ausländer sind in den Städten Neustadt, Pirmasens (je 3,7%) und Trier (2,8%) zu finden. Über dem Landesdurchschnitt liegen die Ausländeranteile im Landkreis Germersheim (6,6%) sowie in den Landkreisen Altkirchen (4,8%) und Westerwald (4,7%). Der Kreis mit dem niedrigsten Anteilswert war Cochem-Zell (1,1%). Geringfügig höher lagen die Ausländeranteile in den Kreisen des Regierungsbezirks Trier; dort wurden Werte zwischen 1,3% und 1,6% ermittelt.

Die räumliche Verteilung der Angehörigen einzelner Nationalitäten weist sehr unterschiedliche Schwerpunkte auf. Während in den kreisfreien Städten 69% aller Griechen, 59% der Italiener und 53% der Jugoslawen lebten, wohnten fast zwei Drittel der Spanier und der Türken in den Landkreisen.

Auch in der Aufteilung der genannten Nationalitäten auf die drei Regierungsbezirke von Rheinland-Pfalz stellt man starke Konzentrationen fest. Im Norden des Landes, im Regierungsbezirk Koblenz, waren 41% aller hier lebenden Spanier und 38% der Türken zu

Ausländer nach Staatsangehörigkeit Ende September 1960 - 1981

Staatsangehörigkeit	Insgesamt									1965 = 100		
	1960	1965	1970	1972	1974	1976	1978	1980	1981	1970	1974	1981
Europa	26 749	59 143	90 019	117 691	139 029	126 870	125 527	142 131	147 278	152	235	249
Belgien	360	505	634	753	827	856	822	917	952	126	164	189
Dänemark	152	163	151	168	194	220	228	239	261	93	119	160
Frankreich	3 101	4 142	5 652	6 485	7 149	6 917	6 702	7 155	7 449	136	173	180
Griechenland	446	4 993	7 382	8 822	8 823	7 626	6 781	6 525	6 652	148	177	133
Großbritannien und Nordirland	363	606	1 021	1 402	1 792	1 885	2 111	2 490	2 805	168	296	463
Italien	5 419	18 119	21 600	25 386	28 223	25 051	25 288	27 554	28 017	119	156	155
Luxemburg	761	707	842	854	981	996	946	1 003	1 028	119	139	145
Niederlande	1 520	2 035	2 355	2 519	2 962	2 972	2 972	3 150	3 257	116	146	160
Jugoslawien	1 150	3 219	13 805	18 976	21 317	18 309	17 513	17 099	17 299	429	662	537
Österreich	2 502	3 361	4 026	4 532	5 064	4 822	4 676	4 870	4 944	120	151	147
Portugal	39	456	1 969	3 571	5 461	4 826	4 647	4 702	4 643	432	1 198	1 018
Schweiz	990	1 115	1 217	1 154	1 314	1 328	1 319	1 385	1 388	109	118	124
Spanien	497	6 729	7 694	9 058	9 300	6 952	5 755	5 374	5 253	114	138	78
Türkei	150	4 704	14 163	26 145	37 026	36 193	38 695	51 926	54 853	301	787	1 166
Übriges Europa	9 299	8 289	7 508	7 866	8 596	7 917	7 072	7 742	8 477	91	104	102
Afrika	266	818	1 473	2 251	2 651	2 655	2 827	3 515	3 876	180	324	474
Marokko	13	170	243	548	743	733	754	927	1 029	143	437	605
Tunesien	9	28	467	805	956	974	1 076	1 219	1 274	1 668	3 414	4 550
Übriges Afrika	244	620	763	898	952	948	997	1 369	1 573	123	154	254
Amerika	1 539	3 187	4 703	6 588	6 929	7 035	6 683	7 222	7 406	148	217	232
Brasilien	25	171	415	633	482	446	406	419	432	243	282	253
Kanada	76	164	249	379	361	342	351	362	389	152	220	237
Vereinigte Staaten	1 325	2 605	3 697	5 100	5 546	5 669	5 284	5 671	5 730	142	213	220
Übriges Amerika	113	247	342	476	540	578	642	770	855	138	219	346
Asien	742	1 732	2 643	3 507	4 423	4 884	5 285	8 223	8 892	153	255	513
Indien	61	253	392	448	559	602	617	1 015	1 127	155	221	445
Iran	247	413	633	774	1 040	1 040	1 032	1 554	1 633	153	252	395
Pakistan	.	.	.	70	112	254	583	916	905	.	.	.
Vietnam	.	.	.	54	42	80	104	894	978	.	.	.
Übriges Asien	434	1 066	1 618	2 161	2 670	2 908	2 949	3 844	4 249	152	250	399
Australien und Ozeanien	19	103	178	264	282	261	239	223	242	173	274	235
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	1 918	1 759	2 084	1 685	1 810	1 537	1 391	1 534	1 543	118	103	88
Insgesamt	31 233	66 742	101 100	131 986	155 124	143 242	141 952	162 848	169 237	151	232	254

Quelle: Zahlen ab 1972 vom Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

Ausländer nach Staatsangehörigkeit in den Verwaltungsbezirken Ende September 1980 und 1981

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Italiener	Jugo- slawen	Griechen	Spanier	Türken	Anteil an der Wohnbevölkerung	
	1980	1981						1980	1981
	Anzahl							%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	5 177	5 570	667	801	56	143	1 959	4,5	4,9
Landkreise									
Ahrweiler	4 869	5 019	578	497	162	246	1 583	4,4	4,5
Altenkirchen (Ww.)	5 634	5 856	610	526	408	284	3 023	4,6	4,8
Bad Kreuznach	6 000	6 274	612	232	72	125	3 235	4,1	4,3
Birkenfeld	1 423	1 496	184	135	13	23	66	1,6	1,7
Cochem-Zell	628	672	78	31	3	5	81	1,0	1,1
Mayen-Koblenz	6 444	6 499	1 026	572	70	261	2 595	3,4	3,4
Neuwied	6 334	6 599	1 025	845	97	457	2 379	4,1	4,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 083	3 175	230	261	31	196	846	3,4	3,5
Rhein-Lahn-Kreis	3 574	3 801	678	452	53	62	1 324	3,0	3,2
Westerwaldkreis	7 637	8 019	1 414	795	126	358	3 877	4,5	4,7
RB Koblenz	50 803	52 980	7 102	5 147	1 091	2 160	20 968	3,7	3,9
Kreisfreie Stadt Trier	2 422	2 663	283	172	30	42	105	2,5	2,8
Landkreise									
Berncastel-Wittlich	1 633	1 731	123	173	3	33	474	1,5	1,6
Bitburg-Prüm	1 339	1 438	103	75	5	35	89	1,5	1,6
Daun	676	701	73	87	10	5	135	1,2	1,3
Trier-Saarburg	1 674	1 797	154	162	2	51	271	1,4	1,4
RB Trier	7 744	8 330	736	669	50	166	1 074	1,6	1,8
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	4 301	4 630	1 616	406	270	113	1 287	9,8	10,6
Kaiserslautern	7 201	7 342	616	608	85	73	909	7,3	7,5
Landau i.d.Pfalz	1 368	1 486	193	107	17	29	207	3,8	4,1
Ludwigshafen a.Rhein	20 740	21 577	5 899	2 707	3 149	453	5 863	13,0	13,6
Mainz	20 347	20 960	5 180	2 651	420	699	4 671	10,9	11,2
Neustadt a.d.Weinstr.	1 868	1 869	222	131	37	41	722	3,7	3,7
Pirmasens	1 835	1 832	263	108	62	33	305	3,7	3,7
Speyer	3 458	3 664	806	998	55	42	690	7,9	8,4
Worms	4 824	5 040	526	402	348	64	2 591	6,6	6,9
Zweibrücken	1 181	1 297	161	146	32	91	150	3,4	3,8
Landkreise									
Alzey-Worms	2 797	2 973	242	131	40	51	1 585	2,9	3,1
Bad Dürkheim	4 116	4 255	576	413	150	113	1 582	3,5	3,7
Donnersbergkreis	2 398	2 478	231	184	21	88	1 176	3,6	3,7
Germersheim	6 485	6 658	545	571	107	184	3 606	6,5	6,6
Kaiserslautern	3 582	3 564	341	271	56	190	771	3,7	3,7
Kusel	1 211	1 270	138	92	20	5	448	1,6	1,7
Südliche Weinstraße	2 529	2 599	240	195	195	107	878	2,6	2,7
Ludwigshafen	5 364	5 411	978	505	105	265	2 452	4,3	4,3
Mainz-Bingen	6 915	7 233	1 209	684	147	240	2 721	4,4	4,5
Pirmasens	1 781	1 789	197	173	195	46	197	1,8	1,8
RB Rheinhessen-Pfalz	104 301	107 927	20 179	11 483	5 511	2 927	32 811	5,8	6,0
Rheinland-Pfalz									
Kreisfreie Städte	74 722	77 930	16 432	9 237	4 561	1 823	19 459	7,6	7,9
Landkreise	88 126	91 307	11 585	8 062	2 091	3 430	35 394	3,3	3,4

Quelle: Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

finden. Dagegen konzentrierten sich die Griechen und Italiener auf den Süden des Landes, den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, wo sich 83% der Griechen und 72% der Italiener aufhielten. 55% der Spanier lebten im südlichen Landesteil. Von den Griechen wohnten weniger als 1%, von den Türken knapp 2% im Regierungsbezirk Trier. Auch Italiener, Spanier und Jugoslawen haben mit Anteilen zwischen 2 und 4% dieses Gebiet seltener für ihren Aufenthalt gewählt als der Durchschnitt aller Ausländer (4,9%). Dafür sind im Regierungsbezirk Trier überdurchschnittlich viele Personen aus Frankreich und den Beneluxländern.

Eine Gliederung der Ausländerzahlen nach Verwaltungskreisen verdeutlicht die Schwerpunkte. In den zwei Städten mit dem höchsten Anteil an Ausländern, Ludwigshafen und Mainz, wohnten rund 25% aller Ausländer unseres Landes. Stärker konzentriert waren dort Italiener (40%) und Jugoslawen (31%). Von den Griechen lebten sogar 54% in diesen beiden Städten, wobei hauptsächlich Ludwigshafen als Zentrum dieser Nationalität betrachtet werden kann, da dort 47% aller in Rheinland-Pfalz befindlichen Griechen ansässig sind. Spanier und Türken wiesen mit 22% und 19% geringere Anteile in diesen Städten auf. Sie hatten Schwerpunkte im Landkreis Neuwied (Spanier) sowie im Landkreis Germersheim und im Westerwaldkreis (Türken).

Günstigere Altersstruktur der Ausländer

Von den Ausländern, die Ende September 1981 in Rheinland-Pfalz lebten, waren rund 59% Männer und 41% Frauen. Dagegen gab es in der Gesamtbevölkerung immer noch einen Frauenüberschuß (52%). Die Altersgliederung zeigte noch deutlichere Unterschiede. Waren von der Gesamtzahl der Bewohner des Landes 5,8% unter sechs Jahre und 15,7% mehr als 65 Jahre alt, betrug diese Anteile bei den Ausländern 8,7 und 2,6%. Daß der ausländische Bevölkerungsteil im Durchschnitt wesentlich jünger ist als die Gesamtbevölkerung, wird am deutlichsten bei den unter 45-jährigen. Während von der Gesamtheit der Rheinland-Pfälzer 62% jünger als 45 Jahre waren, hatten 83 von 100 hier lebenden Nichtdeutschen 1981 dieses Alter noch nicht erreicht. Ledig waren 38% der Gesamtbevölkerung, aber über die Hälfte (51%) der Ausländer. Bei den Verheirateten waren die Anteile mit 51 bzw. 46% annähernd gleich hoch.

Die meisten Ausländer stammten aus europäischen Ländern (87%), jeder dritte war Türke. Es folgen Italiener mit 16,6% und Jugoslawen mit 10,2%. Knapp 8% der Ausländer lebten seit mehr als 20 Jahren im Bundesgebiet, fast 42% mehr als zehn Jahre. Im Verlauf des Jahres 1981 sind 5,7% neu hinzugekommen.

Im Mai 1981 gab es in Rheinland-Pfalz rund 57 500 Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand; das sind 4,2% aller Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag mit 3,1 bei den Nichtdeutschen wesentlich höher als bei der Gesamtheit (2,6). In fast 60% der Ausländerhaushalte (46% der Haushalte der Gesamtbevölkerung) lebten drei oder mehr Menschen. Ohne Kinder waren knapp 42% der ausländischen Frauen im Alter von über 15 Jahren. Dagegen lag dieser Anteil wegen des ungünstigeren Altersaufbaus bei

der Gesamtzahl der Frauen dieses Alters mit fast 59% bedeutend höher. Von den Frauen mit Kindern hatten bei den Ausländerinnen rund 36% nur ein Kind, bei der Gesamtbevölkerung waren es über 46%.

Starker Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung des Jahres 1980 war erneut von einem überdurchschnittlichen Anteil ausländischer Kinder gekennzeichnet. Von den 37 253 Lebendgeborenen hatten 7,5% Eltern, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Auf 1 000 Ausländer kamen 17 Neugeborene, im Durchschnitt der Bevölkerung waren es zehn. Ursache ist die höhere Fruchtbarkeit ausländischer Frauen. Während 1980 von 1 000 Ausländerinnen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren 81 Kinder zur Welt gebracht wurden, war diese Zahl bei der Gesamtbevölkerung mit gut 42 nur etwa halb so groß. An den Sterbefällen war der nichtdeutsche Bevölkerungsteil wegen der günstigeren Altersgliederung mit knapp 1% weit unterdurchschnittlich beteiligt. Dadurch verzeichneten die Ausländer mit 14,6 je 1 000 Einwohner einen starken Geburtenüberschuß, während bei der Gesamtbevölkerung die Sterbefälle die Geburten (1,7 je 1 000 Einwohner) überwogen.

Da Ausländer in höherem Maße erwerbstätig sind und geringere regionale Bindungen haben, weisen sie eine erheblich höhere Mobilität auf als die übrige Bevölkerung. Deshalb war diese Gruppe sowohl bei den Zuzügen (30,4%) als auch bei den Fortzügen (21,9%) über die Landesgrenzen stark überrepräsentiert. Dabei spielt allerdings auch die sogenannte Familienzusammenführung eine Rolle. So entfielen fast 54% des Wanderungsgewinns der Ausländer aus europäischen Ländern auf Familienangehörige.

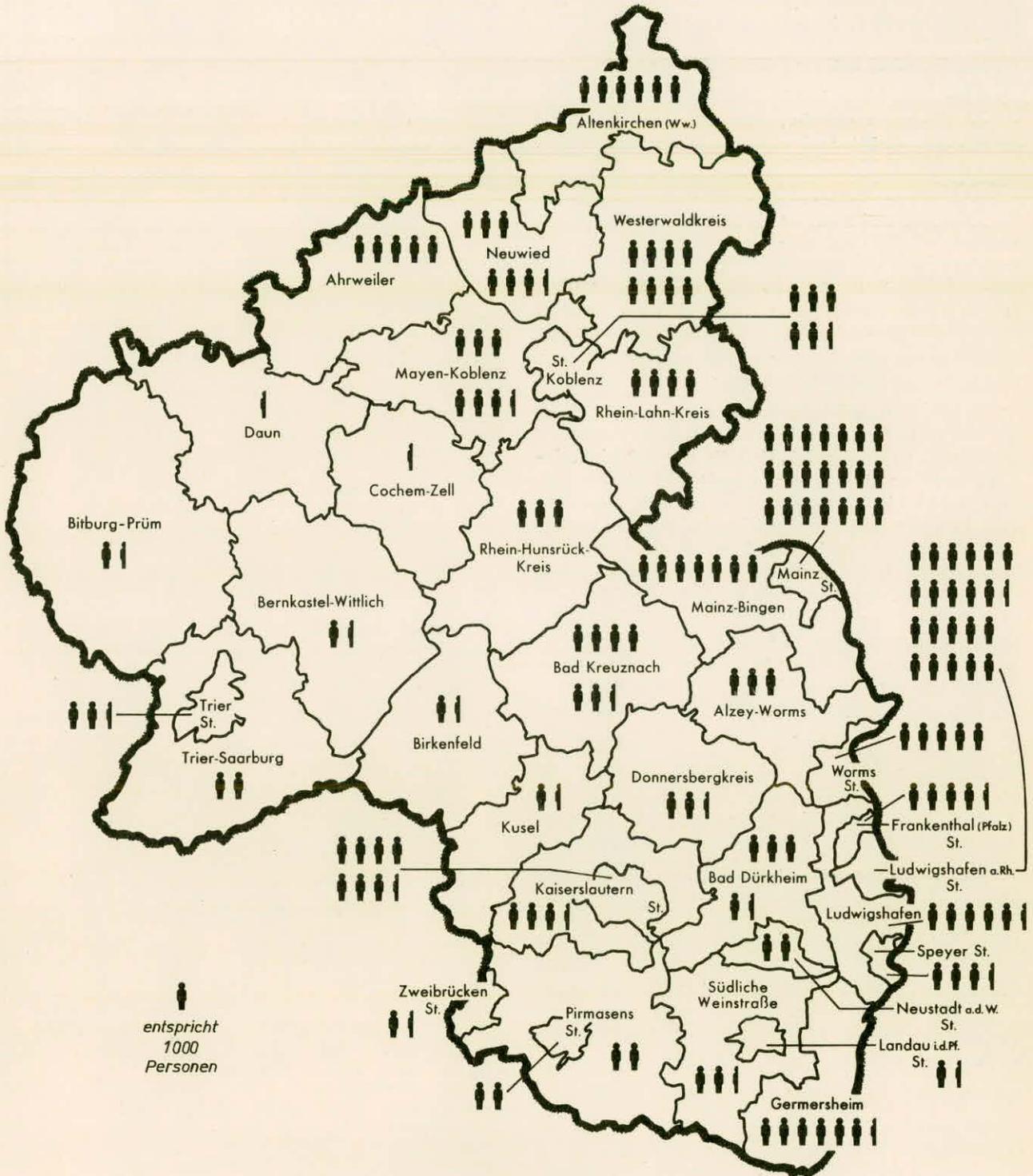
Die Wohnsituation der ausländischen Mitbürger ist schlechter als die der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1978 hatten rund 14% der Wohnungen von Ausländern keine Toilette innerhalb der Wohnung, fast 16% besaßen kein Bad. Für die Gesamtbevölkerung lagen die entsprechenden Anteile bei 7 bzw. 8%. Wohnungen mit einer Fläche von weniger als 60 m² bewohnten fast 39% der ausländischen, aber nur knapp 21% der gesamten Bevölkerung.

Überdurchschnittlicher Ausländeranteil bei Grund- und Hauptschülern

Im Schuljahr 1981/82 besuchten rund 22 600 ausländische Kinder die allgemeinbildenden Schulen des Landes. Das sind 4,5% aller Kinder. Die weitaus meisten ausländischen Schüler (fast 88%) waren in der Grund- und Hauptschule. Dieser Prozentsatz liegt weit über dem der Gesamtzahl der Schüler (57%). Eine Realschulbildung erhielten in diesem Zeitraum knapp 14% aller Schüler, von den Ausländern nicht ganz 4%. Jeder vierte Schüler besuchte das Gymnasium, von den ausländischen Schülern jeder 19.

Der Ausländeranteil bei den berufsbildenden Schulen lag mit 2,4% weit unter dem vergleichbaren Bevölkerungsanteil (4,6%). Eine Berufsschule besuchten etwa 85% der ausländischen und gut 75% der gesamten Schüler dieser Schulart. Bei den Berufsfachschulen beliefen sich die Anteile auf etwa 8 bzw. 12%.

Ausländer in den Verwaltungsbezirken 1981



An den Hochschulen und Universitäten des Landes studierten im Wintersemester 1980/81 über 1 900 Ausländer. Von diesen kamen 46% aus europäischen Ländern und 33% aus dem asiatischen Raum. Fast 6% der ausländischen Studenten hatten ihre Heimat in einem afrikanischen und 13% in einem amerikanischen Land. Schwerpunkte der Hochschulausbildung waren die Sprach- und Kulturwissenschaften (rund 37%) sowie die Ingenieurwissenschaften mit über 20%. Von der Gesamtzahl der Studenten hatten 30% bzw. 16% diese Fächergruppen gewählt.

Höhere Erwerbsbeteiligung der Ausländer

Im Mai 1981 waren 79 300 oder 5% der 1,6 Millionen Erwerbstätigen Ausländer. Von der Gesamtbevölkerung waren 43,5% und von den Ausländern 46,9% erwerbstätig.

Drei von vier Nichtdeutschen waren als Arbeiter tätig. Entsprechend niedriger lag der Anteil der Angestellten (rund 21%). Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen verdienten dagegen mehr (45,5%) ihren Lebensunterhalt im Angestellten- oder Beamtenverhältnis als in Arbeiterberufen (knapp 42%). Im produzierenden Gewerbe waren 62% und im Dienstleistungsbereich 27% der ausländischen Erwerbstätigen beschäftigt (gesamt 43 bzw. 33%).

Die Altersaufgliederung der Arbeiter und Angestellten, die Ende Juni 1980 der Sozialversicherungspflicht unterlagen, macht deutlich, daß die ausländischen Beschäftigten im Durchschnitt jünger sind als die Gesamtheit aller Beschäftigten. So waren nicht ganz 61% aller Beschäftigten unter 40 Jahre alt, bei den ausländischen Mitarbeitern betrug dieser Anteil rund 70%. Von den Gesamtbeschäftigten, welche die Grund- und Hauptschule abgeschlossen bzw. die Mittlere Reife erreicht hatten, wiesen 60% zusätzlich eine abgeschlossene Berufsausbildung auf. Bei den Nichtdeutschen erreichte dieser Personenkreis gerade 31%. Einen Fertigungsberuf übten 67% der ausländischen Arbeitnehmer aus, von den Gesamtbeschäftigten waren es nicht ganz 42%. Einen Beruf des Dienstleistungsbereichs hatten gut 28% der Ausländer, aber jeder Zweite aller Beschäftigten. Wegen der fehlenden qualifizierteren Ausbildung waren die ausländischen Arbeiter und Angestellten mit einem Anteil von 2,1% auch bei den technischen Berufen unterrepräsentiert.

Von den 72 334 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1981 waren 6 627 (9,2%) Ausländer. Im Durchschnitt betrug die Arbeitslosenquote 5,4%, bei Ausländern 9,2%. Bis Februar 1982 ist der Ausländeranteil bei den Arbeitslosen auf 8,9% zurückgegangen. Trotzdem führten die höheren Arbeitslosenzahlen von insgesamt 110 484 und 9 781 Ausländern zu Arbeitslosenquoten, die sich mit 8,1 bzw. 13,5% noch stärker voneinander unterschieden.

Rund 6% der verurteilten Straftäter waren Ausländer

Von den 1980 in Rheinland-Pfalz an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschäden beteiligten 42 724 Menschen waren 2 850 oder 6,7% Ausländer. Bei den hier nachgewiesenen Ausländern handelt es sich nur um Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, einschließlich der Angehörigen der Stationierungstreitkräfte.

Berichtsmerkmal	Ins-	Aus-
	gesamt	länder
Anzahl		
Bevölkerungsstruktur		
Bevölkerungsstand am 30.9.1981	3 643 023	169 237
männlich	1 741 742	99 755
weiblich	1 901 281	69 482
im Alter von		
unter 6 Jahren	209 599 ¹⁾	14 701
6 - 15 "	444 040 ¹⁾	24 734
15 - 45 "	1 584 210 ¹⁾	101 869
45 - 65 "	834 421 ¹⁾	23 458
65 und mehr "	570 212 ¹⁾	4 475
nach dem Familienstand		
ledig	1 385 849 ¹⁾	86 782
verheiratet	1 844 651 ¹⁾	78 334
verwitwet/geschieden	411 982 ¹⁾	4 121
nach der Staatsangehörigkeit		
Europa	-	147 278
Italien	-	28 017
Jugoslawien	-	17 299
Türkei	-	54 853
Afrika	-	3 876
Amerika	-	7 406
Vereinigte Staaten	-	5 730
Asien	-	8 892
Iran	-	1 633
Vietnam	-	978
Australien und Ozeanien	-	242
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	-	1 543
nach der Aufenthaltsdauer		
unter 1 Jahr	-	9 679
1 - 4 Jahre	-	36 025
4 - 8 "	-	29 368
8 - 10 "	-	23 574
10 - 15 "	-	43 896
15 - 20 "	-	13 259
20 und mehr "	-	13 436
Haushalte im Mai 1981 ²⁾ insgesamt	1 382 600	57 500
mit 1 Person	335 800	(9 900)
mit 2 Personen	404 900	13 200
mit 3 und mehr Personen	641 900	34 400
Frauen im Alter von 15 Jahren und mehr im Mai 1981 ²⁾ insgesamt	1 586 500	50 300
ohne Kinder	930 500	21 000
mit Kindern	656 000	29 300
mit 1 Kind	303 800	10 500
mit 2 Kindern	234 400	10 300
mit 3 und mehr Kindern	117 800	(8 500)
Bevölkerungsentwicklung		
Lebendgeborene 1980 insgesamt	37 253	2 789
- auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung	10,2	17,1
Gestorbene 1980 insgesamt	43 576	402
- auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung	12,0	2,5
darunter		
im 1. Lebensjahr	478	40
- auf jeweils 1 000 Lebendgeborene	12,9	14,3
Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß 1980 insgesamt	- 6 323	2 387
- auf 1 000 der jeweiligen Bevölkerung	- 1,7	14,6
Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15-49 Jahren 1980	42,4	81,0
Zuzüge 1980 insgesamt	102 613	31 238
darunter aus		
anderen Bundesländern	72 639	6 641
europäischen Ländern ⁴⁾	23 583	19 665
außereuropäischen Ländern	6 563	4 930

Ausländer in Rheinland-Pfalz

Anteil der Ausländer an insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl des jeweiligen Merkmals		Berichtsmerkmal	Insgesamt	Ausländer	Anteil der Ausländer an insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl des jeweiligen Merkmals	
	insgesamt	Ausländer					insgesamt	Ausländer
%			Anzahl			%		
			Fortzüge 1980 insgesamt	87 003	19 029	21,9	100,0	100,0
			darunter nach					
4,6	100,0	100,0	anderen Bundesländern	70 503	6 037	8,6	81,0	31,7
5,7	47,8	58,9	europäischen Ländern ⁴⁾	12 251	10 602	86,5	14,1	55,7
3,7	52,2	41,1	außereuropäischen Ländern	4 240	2 384	56,2	4,9	12,5
			Wanderungssaldo 1980 insgesamt	15 610	12 209	-	100,0	100,0
			darunter mit					
7,0	5,8	8,7	anderen Bundesländern	2 136	604	-	13,7	4,9
5,6	12,2	14,6	europäischen Ländern ⁴⁾	11 132	9 063	-	71,3	74,2
6,4	43,5	60,2	außereuropäischen Ländern	2 323	2 546	-	14,9	20,9
2,8	22,9	13,9						
0,8	15,7	2,6						
			Wohnsituation					
6,3	38,0	51,3	Haushalte von Wohnungsinhabern 1978⁵⁾					
4,2	50,6	46,3	insgesamt	1 289 000	38 000	2,9	100,0	100,0
1,0	11,3	2,4	darunter in Wohnungen mit					
-	-	87,0	Sammelheizung	723 100	18 800	2,6	56,1	49,5
-	-	16,6	Bad	1 186 900	32 000	2,7	92,1	84,2
-	-	10,2	WC innerhalb der Wohnung	1 198 500	32 600	2,7	93,0	85,8
-	-	32,4	einer Fläche von unter 60m ²	265 500	14 700	5,5	20,6	38,7
-	-	2,3	einer Fläche von 60 - 100 m ²	573 300	16 300	2,8	44,5	42,9
-	-	4,4	einer Fläche von 100 u.mehr m ²	450 200	(7 000)	(1,6)	34,9	(18,4)
-	-	3,4						
-	-	5,3						
-	-	1,0						
-	-	0,6						
-	-	0,1						
			Schule und Studium					
			Schüler an Allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1981/82					
			insgesamt	501 457	22 608	4,5	100,0	100,0
			Grund- und Hauptschulen	287 797	19 836	6,9	57,4	87,7
			Sonderschulen	16 814	666	4,0	3,4	2,9
			Realschulen	67 969	846	1,2	13,6	3,7
			Gymnasien	125 524	1 187	0,9	25,0	5,3
			Integrierte Gesamtschulen	3 012	62	2,1	0,6	0,3
			Freie Waldorfschulen	341	11	3,2	0,1	0,0
			Schüler an Berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1981/82 insgesamt	168 271	3 987	2,4	100,0	100,0
			Berufsschulen	126 721	3 373	2,7	75,3	84,6
			Berufsfachschulen	19 719	329	1,7	11,7	8,3
4,2	100,0	100,0	Berufsaufbauschulen	2 047	17	0,8	1,2	0,4
(2,9)	24,3	(17,2)	Fachoberschulen	3 538	22	0,6	2,1	0,6
3,3	29,3	23,0	Berufliche Gymnasien	2 236	39	1,7	1,3	1,0
5,4	46,4	59,8	Fachschulen	14 010	207	1,5	8,3	5,2
			Studenten im Wintersemester 1980/81					
3,2	100,0	100,0	insgesamt	42 220	1 941	4,6	100,0	100,0
2,3	58,7	41,7	männlich	25 542	1 262	4,9	60,5	65,0
4,5	41,3 ³⁾	58,3 ³⁾	weiblich	16 678	679	4,1	39,5	35,0
3,5	46,3 ³⁾	35,8 ³⁾	nach der Staatsangehörigkeit					
4,4	35,7 ³⁾	35,2 ³⁾	Europa	-	885	-	-	45,6
(7,2)	18,0 ³⁾	(29,0) ³⁾	Frankreich	-	121	-	-	6,2
			Italien	-	35	-	-	1,8
			Jugoslawien	-	32	-	-	1,6
			Türkei	-	162	-	-	8,3
			Afrika	-	112	-	-	5,8
7,5	-	-	Amerika	-	253	-	-	13,0
			Vereinigte Staaten	-	159	-	-	8,2
			Asien	-	643	-	-	33,1
0,9	100,0	100,0	Indonesien	-	186	-	-	9,6
			Iran	-	234	-	-	12,1
			Vietnam	-	19	-	-	1,0
			Australien und Ozeanien	-	5	-	-	0,3
8,4	1,1	10,0	Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	-	43	-	-	2,2
			darunter					
			nach Hochschulart					
			Universität	30 223	1 464	4,8	71,6	75,4
			Fachhochschule	8 882	443	5,0	21,0	22,8
			nach Fächergruppen					
			Sprach- und Kulturwissenschaften	12 566	714	5,7	29,8	36,8
30,4	100,0	100,0	Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	9 961	254	2,5	23,6	13,1
9,1	70,8	21,3	Mathematik, Naturwissenschaften	6 729	251	3,7	15,9	12,9
84,1	22,8	63,0	Humanmedizin	3 680	257	7,0	8,7	13,2
75,1	6,4	15,8	Ingenieurwissenschaften	6 657	393	5,9	15,8	20,2

Einen höheren Anteil hatten die Nichtdeutschen bei den an Unfällen beteiligten Fußgängern (8,6%) und den Fahrern von Personenkraftwagen (7,5%). Unter durchschnittlich beteiligt waren die Ausländer bei den verunglückten Motorradfahrern (2,6%). Auf eine geringere Benutzung dieses Verkehrsmittels bei den Ausländern könnte auch daraus geschlossen werden, daß nur etwa jeder 16. Ausländer, der in einen Unfall verwickelt war, Fahrer eines Motorzweirades war. Im Durchschnitt verunglückte etwa jeder sechste mit einem solchen Fahrzeug. Fahrer eines Personenkraftwagens waren über 72% der an Unfällen beteiligten Ausländer, Fußgänger 10% im Vergleich zu etwa 64 bzw. 8% bei der Gesamtheit aller Unfallbeteiligten.

Die polizeiliche Kriminalstatistik wies im Jahre 1980 rund 78 000 Tatverdächtige (ohne Straftaten im Straßenverkehr) aus, von denen 11,4% Ausländer einschließlich der Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte waren. Herausragendstes Delikt war der Diebstahl (38%), der bei den Ausländern nicht ganz 29% der einer Straftat Verdächtigen ausmachte. Vermögens- und Fälschungsdelikte hatten bei der Gesamtheit der Tatverdächtigen einen Anteil von knapp 15%, bei den Nichtdeutschen von 10%. Deutlich überdurchschnittlich war der Ausländeranteil bei Rauschgiftdelikten (26%). Gegen fast 13% aller Ausländer, die im Verdacht standen, eine Straftat begangen zu haben, wurde wegen dieses Deliktes ermittelt, bei der Gesamtheit der Tatverdächtigen machte der Anteil der Rauschgiftdelikte etwa 6% aus.

Im Jahre 1980 wurden 42 437 Personen wegen begangener Straftaten (einschließlich Straßenverkehr) verurteilt. Von ihnen waren 2 710 oder 6,4% Ausländer. Unter durchschnittlich beteiligt waren Ausländer bei Diebstahl und Unterschlagung (4,8%), bei Raub, Erpressung und anderen Vermögensdelikten (5,1%) sowie bei Straftaten im Straßenverkehr (5,8%). Bleiben bei der Gesamtzahl der verurteilten Ausländer die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte, die bei den Bevölkerungszahlen nicht mitgezählt werden, außer Betracht, dann ist festzustellen, daß italienische Staatsangehörige 18% der Verurteilten ausmachten. Dieser Prozentsatz lag geringfügig höher als der Anteil dieser Nationalität an der Gesamtzahl der hier lebenden Ausländer (17%). Während 29% aller Verurteilten türkische Staatsbürger waren, stellte diese Gruppe 32% aller Ausländer des Landes.

Nur jeder 100. Behinderte ist Ausländer

Im Jahre 1981 besuchten 94 487 Kinder einen Kindergarten. Von diesen hatten 6 219 (6,6%) nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den ausländischen Kindern waren die türkischen mit 40% am stärksten vertreten. Die italienische Staatsbürgerschaft hatten 14% der Ausländerkinder, Jugoslawen waren 13%.

Bei den Sozialhilfeempfängern erreichten die Ausländer 1980 einen Anteil von 5%. Von diesen erhielten fast 70% laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, gut 18% Krankenhilfe. Die vergleichbaren Prozentsätze aller Sozialhilfeempfänger liegen bei diesen Hilfsarten mit 51 bzw. 15% erheblich niedriger. Hilfe zur Pflege bekamen fast 21% der gesamten Sozialhilfeempfänger, von den ausländischen dagegen gut 3%. Der Anteil der Personen, die Tuberkulosehilfe

Berichtsmerkmal	Ins-	Aus-
	gesamt	länder
Anzahl		
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätige im Mai 1981 ⁶⁾		
insgesamt	1 586 000	79 300
darunter		
Beamte und Angestellte (einschl. Auszubildende)	721 200	17 000
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	659 400	57 900
darunter in den Wirtschaftsbereichen		
Produzierendes Gewerbe	688 300	49 200
Dienstleistungen	522 900	21 400
Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung	-	-
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte im Juni 1980 insgesamt	1 103 023	72 469
Im Alter von		
unter 20 Jahren	135 863	4 697
20 - 30 "	307 811	21 540
30 - 40 "	223 415	24 301
40 - 50 "	242 088	14 961
50 - 60 "	170 542	6 112
60 und mehr "	23 304	858
darunter mit abgeschlossener Ausbildung		
Grund- und Hauptschule, Mittlere Reife zusammen	987 567	59 783
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	394 951	41 184
mit abgeschlossener Berufsausbildung	592 616	18 599
Abitur	15 892	760
Höhere Fach-/Fachhochschule sowie Hochschule und Universität	29 714	1 940
darunter in den Berufsbereichen		
Landwirtschaftliche Berufe	20 312	1 639
Fertigungsberufe	461 082	48 661
Dienstleistungsberufe	550 970	20 559
Arbeitslose und Arbeitslosenquote ⁸⁾		
Jahresdurchschnitt 1981	72 334	6 627
Februar 1982	110 484	9 781
Straßenverkehr		
An Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligte und verunglückte Fahrzeugführer und Fußgänger 1980 ⁹⁾		
Beteiligte insgesamt	42 724	2 850
darunter		
Fahrer von Personenkraftwagen	27 372	2 062
Fahrer von Motorzweirädern	6 770	173
Fußgänger	3 341	286
Verunglückte	22 994	1 544
Getötete	655	35
Schwerverletzte	7 414	503
Leichtverletzte	14 925	1 006
Straftaten und Verurteilungen		
Tatverdächtige (ohne Straftaten im Straßenverkehr) 1980 insgesamt ¹⁰⁾	78 024	8 889
darunter wegen		
Straftaten gegen das Leben	434	51
Diebstahl	29 538	2 571
Vermögens- und Fälschungsdelikten	11 385	892
Rauschgiftdelikten	4 342	1 121
darunter		
Italiener	-	1 052
Jugoslawen	-	626
Türken	-	2 138

1) Am 31.12.1980. - 2) Ergebnisse der Mikrozensusstichprobenergebnisse der Mikrozensusstichprobe. - 7) Grund- und Haupt-Bundesgebiet. - 10) Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik.

Ausländer in Rheinland-Pfalz

Anteil der Ausländer an insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl des jeweiligen Merkmals		Berichtsmerkmal	Ins-gesamt	Aus-länder	Anteil der Ausländer an insgesamt	Anteil an der Gesamtzahl des jeweiligen Merkmals	
	ins-gesamt	Aus-länder					ins-gesamt	Aus-länder
	%			Anzahl			%	
			Verurteilte 1980 insgesamt	42 437	2 710	6,4	100,0	100,0
			darunter wegen					
5,0	100,0	100,0	Straftaten gegen die Person (ohne Straßenverkehr)	3 938	256	6,5	9,3	9,4
			Diebstahl und Unterschlagung	8 609	414	4,8	20,3	15,3
2,4	45,5	21,4	Raub, Erpressung sowie anderer Vermögensdelikte	4 136	209	5,1	9,7	7,7
8,8	41,6	73,0	Straftaten im Straßenverkehr	19 790	1 140	5,8	46,6	42,1
7,1	43,4	62,0	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne StGB und StVG)	4 405	629	14,3	10,4	23,2
4,1	33,0	27,0	darunter					
-	43,5	46,9	Italiener	-	446	-	-	16,5
			Jugoslawen	-	261	-	-	9,6
6,6	100,0	100,0	Türken	-	725	-	-	26,8
3,5	12,3	6,5						
7,0	27,9	29,7						
10,9	20,3	33,5	Sozialer Bereich					
6,2	21,9	20,6	Belegung der Kindergärten 1981					
3,6	15,5	8,4	Kinder insgesamt	94 487	6 219	6,6	-	100,0
3,7	2,1	1,2	darunter					
			Italiener	-	871	-	-	14,0
			Jugoslawen	-	818	-	-	13,2
			Türken	-	2 472	-	-	39,7
6,1	89,5	82,5	Sozialhilfeempfänger 1980 insgesamt	99 110	4 994	5,0	100,0	100,0
10,4	40,0 ⁷⁾	68,9 ⁷⁾	darunter in den Hilfearten 11)					
			Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	61 024	4 239	6,9	51,0	69,9
3,1	60,0 ⁷⁾	31,1 ⁷⁾	Eingliederungshilfe für Behinderte	7 242	163	2,3	6,0	2,7
4,8	1,4	1,0	Tuberkulosehilfe	1 453	232	16,0	1,2	3,8
			Behinderte 1980 insgesamt	226 784	2 161	1,0	100,0	100,0
			In der Erwerbsfähigkeit					
6,5	2,7	2,7	gemindert um					
			30 - 50 %	17 736	279	1,6	7,8	12,9
8,1	1,8	2,3	50 - 60 %	52 016	647	1,2	22,9	30,0
10,6	41,8	67,1	60 - 70 %	29 651	269	0,9	13,1	12,4
3,7	50,0	28,4	70 - 80 %	25 446	213	0,8	11,2	9,9
			80 - 90 %	37 386	251	0,7	16,5	11,6
9,2	5,4	9,2	90 - 100 %	9 940	57	0,6	4,4	2,6
8,9	8,1	13,5	100 %	54 609	445	0,8	24,1	20,6
			Tuberkulosekranke 1980					
			Bestand am 31. 12. 1980 insgesamt	3 092	329	10,6	100,0	100,0
			Tuberkulose der Atmungsorgane	2 570	271	10,5	83,1	82,4
			Tuberkulose anderer Organe	522	58	11,1	16,9	17,6
			Morbidität (Bestand auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung)	84,9	202,0	-	-	-
6,7	100,0	100,0	Zugänge im Jahre 1980 insgesamt	1 490	235	15,8	100,0	100,0
			Tuberkulose der Atmungsorgane	1 263	199	15,8	84,8	84,7
7,5	64,1	72,4	Tuberkulose anderer Organe	227	36	15,9	15,2	15,3
2,6	15,8	6,1	Morbidität (Zugänge auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung)	41,0	144,3	-	-	-
8,6	7,8	10,0						
6,7	100,0	100,0						
5,3	2,8	2,3	Einbürgerung					
6,8	32,2	32,6	Eingebürgerte Personen 1981					
6,7	64,9	65,2	insgesamt 12)	-	1 360	-	-	100,0
			Ermessenseinbürgerungen	-	511	-	-	37,6
			Anspruchseinbürgerungen	-	849	-	-	62,4
11,4	100,0	100,0	darunter aus den ehemaligen Heimatstaaten					
11,8	0,6	0,6	Italien	-	59	-	-	4,3
8,7	37,9	28,9	Jugoslawien	-	95	-	-	7,0
7,8	14,6	10,0	Polen	-	102	-	-	7,5
25,8	5,6	12,6	Rumänien	-	461	-	-	33,9
			Sowjetunion	-	213	-	-	15,7
			Tschechoslowakei	-	80	-	-	5,9
			Türkei	-	16	-	-	1,2
			Ungarn	-	63	-	-	4,6

probe. - 3) Frauen mit Kindern = 100%. - 4) Einschl. DDR und Berlin (Ost). - 5) Ergebnisse der Wohnungsstichprobe. - 6) Er-schule, Mittlere Reife zusammen = 100%. - 8) Quelle: Landesarbeitsamt. - 9) Bei Ausländern nur Personen mit Wohnsitz im 11) Mehrfachzählungen enthalten. - 12) Vorläufiges Ergebnis der 1981 erstmals durchgeführten Einbürgerungsstatistik.

erhielten, lag bei den Nichtdeutschen mehr als dreimal so hoch (3,8%) wie bei der Gesamtheit der Hilfeempfänger (1,2%). Die größere Bedeutung der Tuberkuloseerkrankungen bei Ausländern zeigt sich auch darin, daß von den Ende 1980 erfaßten Tuberkuloseerkrankten gut jeder neunte Nichtdeutscher war, bei den Neuerkrankungen des Jahres 1980 sogar jeder sechste. Der Ausländeranteil lag bei der Tuberkulose der Atmungsorgane jeweils niedriger als bei der tuberkulösen Erkrankung anderer Organe. Die größere Häufigkeit dieser Krankheit bei Ausländern wurde am deutlichsten durch die Morbiditätsziffer wiedergegeben. So kamen auf 100 000 Ausländer 202 an Tuberkulose Erkrankte, bei der Gesamtbevölkerung waren es knapp 85. Die Morbidität der Nichtdeutschen bei Neuerkrankungen an Tuberkulose war mit über 144 etwa dreieinhalbmal so groß wie die der Gesamtbevölkerung (41).

Von den als Behinderte anerkannten Personen war im Jahre 1980 jeder 100. ein ausländischer Mitbürger.

Geringfügig über diesem Durchschnitt lag der Ausländeranteil bei Behinderten mit einer Erwerbsminderung von unter 50% (1,6%) und zwischen 50 und 60% (1,2%). Bei den Personen, die stärker in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert waren, wurden Anteile von unter 1% registriert.

1 360 Personen eingebürgert

Im Jahre 1981 wurden 1 360 Ausländer eingebürgert. In annähernd zwei Drittel (62%) der Fälle handelte es sich um Anspruchseinbürgerungen, bei den übrigen lagen Ermessenseinbürgerungen vor. Die meisten eingebürgerten Personen kamen aus Rumänien (34%) und aus der Sowjetunion (16%). Es folgen Polen mit 7,5% und Jugoslawen mit 7% der Eingebürgerten. Eine untergeordnete Rolle spielten italienische und türkische Staatsbürger; sie stellten 4,3% bzw. 1,2% aller Einbürgerungsfälle des Landes.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Struktur der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte 1981

Neben den aktuellen Daten über die Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe gehören Angaben über ihren Personalstand zu den wichtigsten Informationen für die Beurteilung von Richtung und Ausmaß des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Detaillierte Angaben über die Beschäftigungsverhältnisse in der Landwirtschaft bieten die alle zehn Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählungen bzw. die seit Anfang der 50iger Jahre üblichen und ab 1979 aufgrund des Gesetzes über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 820) jährlich für den Monats April durchgeführten repräsentativen Arbeitskräfteerhebungen. Sie beziehen sich auf landwirtschaftliche Betriebe einschließlich Garten- und Weinbau mit 1 ha und mehr

landwirtschaftlich genutzter Fläche und auf Betriebe mit weniger oder ohne genutzte Fläche, deren jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha entspricht.

Ergebnisse aus Volks- und Berufszählungen und dem Mikrozensus sind für eine Analyse der Beschäftigungsverhältnisse in der Landwirtschaft weniger geeignet, da hier die in der Landwirtschaft weit verbreitete Kombination von betrieblicher und außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit nicht ausreichend berücksichtigt werden kann. Beim Mikrozensus im April 1981 wurden für den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft nur 103 300 erwerbstätige Personen gezählt, etwa ein Drittel weniger als bei der Arbeitskräfteerhebung.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1981

Betriebsgrößenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Betriebsinhaber					Mithelfende Familienangehörige					Ständige familienfremde Arbeitskräfte		
	insgesamt	vollbeschäftigt		auch anderweitig erwerbstätig		insgesamt	weiblich	vollbeschäftigt		auch anderweitig erwerbstätig		insgesamt	in Kost und Wohnung
		1 000	%	1 000	%			1 000	%	1 000	%		
unter 1 ha	9,0	0,9	9,8	4,8	53,1	7,8	71,2	0,3	4,4	1,9	24,4	0,8	0,0
1 - 2 "	9,6	1,9	19,3	5,3	55,4	8,7	69,2	0,6	7,3	2,2	24,8	0,7	0,0
2 - 5 "	13,4	3,3	24,9	7,7	57,4	14,0	67,0	1,5	10,7	3,0	21,6	1,2	0,1
5 - 10 "	11,9	4,1	34,3	6,9	58,1	14,1	68,3	1,5	10,9	2,6	18,5	0,8	0,1
10 - 20 "	11,6	6,5	56,3	4,7	40,7	16,8	68,0	2,5	15,2	2,6	15,6	1,0	0,1
20 - 30 "	6,2	5,2	83,5	1,1	18,1	9,9	65,2	2,0	19,8	0,9	9,4	0,5	0,1
30 u. mehr "	6,1	5,5	89,9	0,6	9,5	10,8	62,5	3,0	27,3	1,0	8,8	2,2	0,5
Insgesamt	67,8	27,3	40,3	31,1	45,9	82,1	67,2	11,5	14,0	14,2	17,3	7,1	0,9

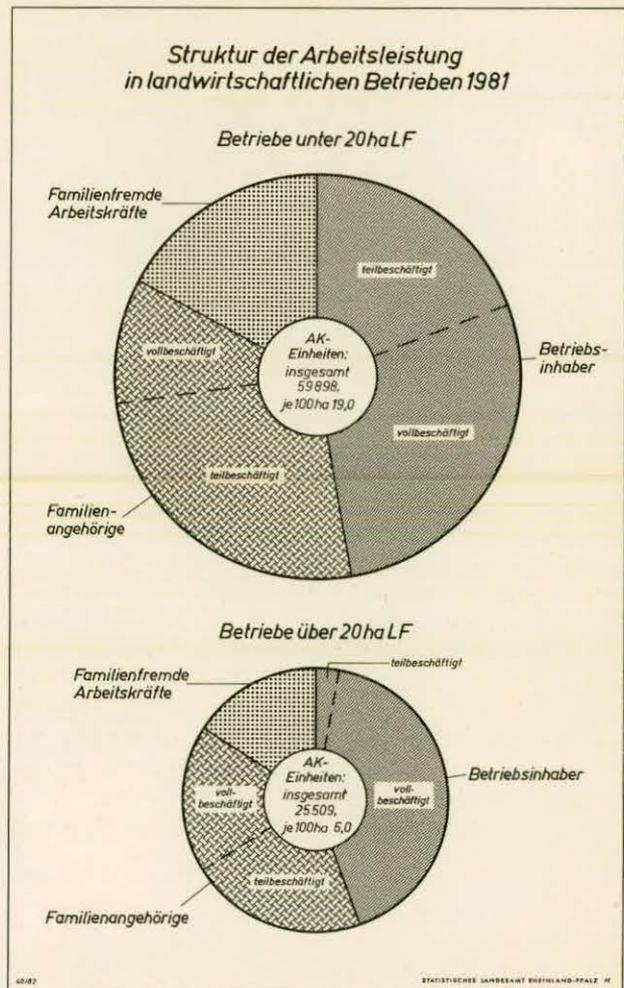
Hoher Anteil von Teilbeschäftigten

In den landwirtschaftlichen Betrieben von Rheinland-Pfalz waren im April 1981 rund 149 900 Familienarbeitskräfte und 7 100 ständige familienfremde Arbeitskräfte in einem auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis beschäftigt. Familienfremde Kräfte gab es nur in 2 800 Betrieben. Hinzu kamen noch 29 200 nichtständige familienfremde Personen, die aushilfsweise tätig waren; diese bleiben im folgenden unberücksichtigt. Von den Familienarbeitskräften waren nicht weniger als 67 800 Betriebsinhaber, bei 82 100 handelte es sich um mithelfende Familienangehörige. Eine Untergliederung der Familienarbeitskräfte nach dem Umfang ihrer Beschäftigung zeigt, daß nur 27 300 (40%) Betriebsinhaber und sogar nur 11 500 (14%) mitarbeitende Familienmitglieder im Betrieb vollbeschäftigt waren und eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 42 Stunden hatten. Der Anteil der Vollbeschäftigten hängt eindeutig von der Betriebsgröße und dem damit verbundenen Arbeitsvolumen ab. So waren kaum 20% der Inhaber von Betrieben mit weniger als 2 ha vollbeschäftigt, aber fast 90% von Betrieben mit mehr als 30 ha. Für die mithelfenden Familienangehörigen reicht die Spanne von 6 bis 27%. Bei den in Frage kommenden Betrieben mit weniger als 2 ha dürfte es sich allerdings fast ausschließlich um solche mit Sonderkulturen handeln. Vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte fanden sich 1981 überhaupt nur noch in knapp der Hälfte aller Betriebe. Landwirtschaftliche Betriebe mit zwei und mehr Vollbeschäftigten gab es sogar nur 7 900 (12%).

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Familienarbeitskräfte in Betrieben ab 2 ha um fast 89 100 Personen oder knapp 44% vermindert. Dabei ging die Zahl der Vollbeschäftigten mit — 48% stärker zurück als die der Teilbeschäftigten (— 42%). Viele Landwirte nutzten offenbar das bis vor einigen Jahren noch reichliche Angebot einer zusätzlichen Erwerbsmöglichkeit außerhalb der Landwirtschaft, ohne dabei den landwirtschaftlichen Betrieb ganz aufzugeben. Betrachtet man die durchschnittliche jährliche Abnahme bei den Familienarbeitskräften insgesamt, so zeigt sich, daß mit einer Rate von — 5,1% die Entwicklung in den Jahren vor 1977 wesentlich schneller verlaufen ist als in der Zeit danach (— 3,9%), die bei stagnierendem Wirtschaftswachstum durch fehlende Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft gekennzeichnet ist. In den meisten Fällen dürfte es sich daher in jüngster Zeit um natürliche Abgänge gehandelt haben. Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften ist seit 1969, bedingt durch den vermehrten Einsatz mechanisierter Produktionsverfahren, eine Verringerung um knapp die Hälfte festzustellen.

Jeder zweite Betriebsinhaber auch außerbetrieblich erwerbstätig

Der Grund für den hohen Anteil von teilbeschäftigten Arbeitskräften ist in erster Linie in den für die kleinstrukturierte Landwirtschaft der ehemaligen Realteilungsgebiete typischen und zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Lebensunterhaltes notwendigen Doppelberufen zu suchen. Eine gewisse Rolle spielt auch die Tatsache, daß die Ehefrauen der Betriebs-



inhaber neben dem Haushalt in erheblichem Umfang betriebliche Arbeiten auf sich nehmen müssen. Nicht weniger als 41 900 oder 62% aller rheinland-pfälzischen Betriebe wiesen 1981 auch anderweitig erwerbstätige Familienarbeitskräfte nach. Darunter befanden sich 31 100 Betriebe, also jeder zweite, in denen der Betriebsinhaber einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachging. Die Gesamtzahl der auch außerbetrieblich tätigen Familienarbeitskräfte erreichte fast 45 300, was knapp einem Drittel entspricht. Gut 90% davon waren Männer. Da die Tätigkeit außerhalb des Betriebes zu 86% in Form einer Vollbeschäftigung ausgeübt wird, blieb für die Landwirtschaft nur die Zeit nach Feierabend bzw. das Wochenende. Selbstverständlich stößt die Möglichkeit einer Doppelbeschäftigung an gewisse Grenzen. So stammten erwartungsgemäß drei Viertel aller auch außerbetrieblich erwerbstätigen Familienarbeitskräfte aus Betrieben mit weniger als 10 ha Größe.

Deutliche Unterschiede in der Struktur des Arbeitskräftepotentials zeigen sich zwischen den Haupterwerbsbetrieben und Nebenerwerbsbetrieben. So gehörten in den Betrieben, in denen das betriebliche Einkommen größer war als das außerbetriebliche von Betriebsinhaber und Ehegatte (Haupterwerbsbetriebe) immerhin 84% aller Betriebsinhaber und 22% aller mithelfenden Familienangehörigen zu den Vollbeschäftigten. In den Nebenerwerbsbetrieben dagegen betrug

Alter	Insgesamt								Betriebsinhaber			
	insgesamt		vollbeschäftigt		männlich		weiblich		zusammen		vollbeschäftigt	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
15 - 24 Jahre	15,6	10,4	3,0	7,8	12,0	13,4	3,6	6,0	1,0	1,5	0,5	1,7
25 - 34 "	19,5	13,0	6,0	15,4	11,8	13,2	7,7	12,7	7,5	11,0	3,5	12,9
35 - 44 "	27,2	18,1	7,8	20,1	14,6	16,3	12,6	20,8	14,0	20,6	6,2	22,7
45 - 54 "	43,9	29,3	13,0	33,5	25,0	27,9	18,9	31,2	24,6	36,4	10,7	39,3
55 - 59 "	18,0	12,0	4,8	12,5	10,2	11,4	7,8	12,9	10,6	15,6	4,0	14,7
60 - 64 "	9,2	6,1	2,2	5,8	5,3	6,0	3,8	6,4	4,8	7,0	1,7	6,4
65 u. mehr "	16,6	11,1	1,9	5,0	10,5	11,7	6,1	10,1	5,3	7,9	0,6	2,3
Insgesamt	149,9	100,0	38,8	100,0	89,3	100,0	60,6	100,0	67,8	100,0	27,3	100,0

der Anteil der vollbeschäftigten Betriebsinhaber und mitarbeitenden Familienangehörigen nur jeweils rund 5%. Lediglich 10% der 74 600 Familienarbeitskräfte in Haupterwerbsbetrieben gingen einer außerbetrieblichen Tätigkeit nach. Bei den 75 300 in Nebenerwerbsbetrieben beschäftigten Personen traf dies für etwas mehr als die Hälfte zu. Allein 82% der vor allem in größeren Betrieben bzw. im Sonderkulturanbau mit immer noch hohem Handarbeitsaufwand zur Ergänzung der familieneigenen benötigten ständigen familienfremden Arbeitskräfte entfielen auf die Haupterwerbsbetriebe.

Zwei Drittel der mithelfenden Familienangehörigen sind Frauen

Die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind nach wie vor durch einen hohen Anteil von Frauen gekennzeichnet. Während von den Betriebsinhabern lediglich 8% Frauen waren, dominierten sie bei den mithelfenden Familienangehörigen mit mehr als zwei Drittel. Unter ihnen befanden sich mit einem Anteil von rund drei Viertel die Ehefrauen der Betriebsinhaber, die - was für die Landwirtschaft charakteristisch ist - eine Doppelfunktion im Haushalt und Betrieb erfüllen müssen und daher vielfach sehr belastet sind. Dies betrifft nicht nur die kleineren Nebenerwerbsbetriebe, in denen die Ehefrauen meist einen Großteil der täglich anfallenden Arbeiten erledigen. Selbst in den größeren Betrieben ab 30 ha stellten die Ehefrauen noch knapp die Hälfte der mithelfenden Familienmitglieder. Im Gegensatz zu den kleineren Betrieben stand hier der Einsatz bei Arbeitsspitzen, zum Beispiel in der Ernte, im Vordergrund. Bei den ständigen familienfremden Personen dagegen waren die Frauen deutlich in der Minderzahl.

Starke Überalterung

Die Altersstruktur läßt eine im Vergleich zur Gesamtzahl der Erwerbspersonen deutliche und seit 1969 fortschreitende Überalterung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte erkennen. Lediglich 10 bzw. 13% aller Familienarbeitskräfte waren 1981 weniger als 25 sowie zwischen 25 und 34 Jahre alt. Auch die 35- bis 44-jährigen Personen erreichten einen unterdurchschnittlichen Anteil (18%). Im Alter von 45 bis 54 Jahren standen fast 30% aller Familienarbeitskräfte, 55 bis 59 Jahre waren 12%, 60 bis 64 Lebensjahre 6%. Der in

der Landwirtschaft noch häufig anzutreffende Zwei-Generationen-Haushalt und die enge Verbindung zwischen Betrieb und Haushalt bedingen, daß auch sehr häufig noch Familienangehörige mit 65 und mehr Lebensjahren (11%) mitarbeiten.

Betrachtet man die Betriebsinhaber gesondert, so stellt sich die Situation hier noch ungünstiger dar. Die 45- bis 54jährigen machten hier sogar 36% aus, die 55 bis 59 Jahre alten waren mit 16% vertreten. Infolge einer verbesserten Alterssicherung durch die Altershilfe für Landwirte und die Landabgaberechte hat sich der Anteil der noch älteren (15%) während der vergangenen zehn Jahre erheblich vermindert. Unabhängig von der Zahl der in Zukunft zur Verfügung stehenden außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze wird allein schon der aufgezeigte Mangel an Nachwuchskräften zu einer weiteren Schrumpfung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftestandes führen.

Knapp die Hälfte der Arbeitsleistung durch vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte

Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen allein gibt bei dem hohen Anteil von Teilbeschäftigten nur bedingt Aufschluß über die tatsächliche Arbeitsleistung. Zu deren Ermittlung werden die im Rahmen der Arbeitskräfteerhebungen festgestellten Arbeitszeiten aller in irgendeiner Weise in den Betrieben eingesetzten Personen auf Vollarbeitskraft (AK) - Einheiten umgerechnet. Dabei gilt eine vollbeschäftigte und aufgrund ihres Alters voll leistungsfähige Person im Alter von 16 bis 65 Jahren als eine AK-Einheit. Arbeitskräfte im Alter von 15 Jahren werden mit 0,5 und solche mit 65 und mehr Jahren mit 0,3 AK-Einheiten bewertet. Die Arbeitsleistung eines Teilbeschäftigten mißt man an der durchschnittlichen Arbeitsleistung eines Vollbeschäftigten und berechnet sie als Bruchteile einer AK-Einheit.

Für April 1981 errechnet sich auf diese Weise in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft eine Gesamtarbeitsleistung von 85 400 AK-Einheiten, wobei jetzt auch die nichtständigen familienfremden Personen berücksichtigt sind. Gut 70% der Leistung wurden in den Haupterwerbsbetrieben erbracht. Nahezu die Hälfte (46%) des gesamten Arbeitsaufwandes entfiel auf die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe, die mithelfenden Familienangehörigen leisteten einen An-

teil von gut einem Drittel (37%). Für die familienfremden Arbeitskräfte schließlich blieben fast 17%, darunter 7% für die ständig Beschäftigten. Etwas weniger als die Hälfte der gesamten Arbeitsleistung ging zu Lasten der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte.

Die Zahl der AK-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche gibt Aufschluß über den Arbeitskräftebesatz. Er erreichte 1981 im Mittel aller Betriebe einen Wert von 11,5 AK-Einheiten. In den Betrieben unter 10 ha und hier besonders in denen unter 2 ha (71,7) war er entscheidend höher. Hierbei handelte es sich meistens um arbeitsintensive Sonderkultur-

betriebe. Bei den kapitalintensiven Betrieben über 30 ha (5,1) wird dagegen nur die Hälfte des Landesdurchschnitts erreicht. Der Einsatz moderner Produktionstechniken, vorwiegend in der Feldwirtschaft, führte dazu, daß vornehmlich in den größeren Betrieben die Arbeitskräfte reduziert wurden und damit die Arbeitsproduktivität gesteigert werden konnte. So sank der Besatz für die Betriebe ab 30 ha seit 1969 von 7,3 auf 4,9 AK-Einheiten. In den Betrieben mit Sonderkulturen bzw. mit einer für den rationellen Maschineneinsatz ungenügenden Flächenausstattung verlief diese Entwicklung deutlich langsamer.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Energiepreise 1981

Die allgemeine Preisentwicklung im Jahre 1981 wurde in besonderem Maße durch die Entwicklung des Erdölpreises, der auf Dollarbasis ermittelt wird, und durch die Veränderung des Außenwertes der D-Mark beeinflusst. Auf dem Weltmarkt erhöhte sich der Erdölpreis von Dezember 1980 bis 1981 mit 10,3% und damit in wesentlich geringerem Maße als von Dezember 1979 bis 1980 (+ 31%). Die D-Mark dagegen verlor gegenüber dem Dollar von Dezember 1980 bis 1981 erneut deutlich an Wert (- 13%). Andererseits stieg der Kurs der D-Mark gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern im gleichen Zeitraum um insgesamt 2,9%.

Importpreise für Erdöl stiegen 1981 um 17%

Der seit der ersten Ölkrise 1973/74 erfolgte drastische Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise für Mineralölprodukte sowie Gas, Kohle und in geringerem Maße für elektrischen Strom setzte sich auch 1981 fort. Infolge des sparsameren Verbrauchs wurden 17,5 Mill. Tonnen oder rund 18% weniger Erdöl in die Bundesrepublik importiert und auch die Einfuhr von Mineralölprodukten fiel um rund 2,5 Mill. Tonnen (- 7,1%) niedriger aus. Die gesamte Ersparnis an Energie dürfte jedoch relativ gering gewesen sein, denn ein erheblicher Teil der Ölersparnis ist durch Substitution zustande gekommen. Statt Öl wurden Gas, Kohle und Kernenergie eingesetzt. Die Importpreise für Erdöl haben sich von Dezember 1980 bis 1981 um 17% erhöht. Für Vergaserkraftstoffe stiegen die Einfuhrpreise um 13%, für Dieselmotorkraftstoffe und leichtes Heizöl um jeweils 21%. Vorteilhaft wirkte sich aus, daß die Preise im letzten Quartal 1981 zu sinken begannen.

Während der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1973 bis 1981 um 47% und im vergangenen Jahr um 5,9% anstieg, erhöhten sich die Verbraucherpreise für Energieträger ungleich stärker. Der Preisindex für Elektrizität, Gas und Brennstoffe (ohne Kraftstoffe) nahm im Jahresdurchschnitt 1981 um 14,7% und damit weitaus kräftiger zu als in allen anderen Bereichen der Lebenshaltung. Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, in denen auch die Kraftstoffe

enthalten sind, wurden um 7,2% teurer. Die Gesamtlebenshaltung ohne Berücksichtigung der flüssigen Brennstoffe und Kraftstoffe verteuerte sich im Jahresdurchschnitt 1981 um 5,4%. Vom Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung um 5,9% entfielen also 0,5 Prozentpunkte auf Preisanhebungen für flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe. Der hohe Anstieg der Energiepreise, der Verteuerungen für viele andere Waren und Dienstleistungen verursachte, führte zu einem spürbaren Kaufkraftentzug für die privaten Haushalte und einer Einschränkung der verfügbaren Realeinkommen, die erstmals seit Kriegsende leicht sanken.

Höchster Literpreis für Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) 1,52 DM

Unter den Verbraucherpreisen fiel die jahresdurchschnittliche Verteuerung für Benzin am höchsten aus. Für einen Liter Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) mußten im Januar 1981 noch 1,23 DM be-

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1980 und 1981

Jahr Monat	Gesamte Lebenshaltung		Gesamte Lebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe	
	1976=100	Ver- änderung zum Vor- jahr bzw. Vorjahres- monat in %	1976=100	Ver- änderung zum Vor- jahr bzw. Vorjahres- monat in %
1980	117,0	5,5	115,5	5,0
1981	123,9	5,9	121,7	5,4
1981 Januar	120,3	5,8	118,6	5,5
Februar	121,2	5,5	119,3	5,2
März	122,0	5,5	119,9	5,0
April	122,8	5,6	120,6	5,1
Mai	123,3	5,6	121,3	5,3
Juni	123,9	5,5	121,8	5,1
Juli	124,4	5,8	122,1	5,2
August	124,8	6,0	122,1	4,9
September	125,4	6,5	122,6	5,2
Oktober	125,8	6,7	123,3	5,7
November	126,4	6,6	123,9	5,8
Dezember	126,8	6,3	124,4	5,8

Meßziffern der Verbraucherpreise für Elektrizität, Gas und Brennstoffe 1973 - 1981

Jahr Monat	Elektrizität	Gas	Kohle			Extra leichtes Heizöl
			Steinkohle	Anthrazit- Eierbriketts	Braunkohlen- briketts	
1976 = 100						
1973	73,4	70,4	57,8	67,0	76,2	71,2
1974	83,7	79,0	80,1	80,5	85,9	92,3
1975	96,8	94,8	94,1	93,8	93,8	90,5
1976	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1977	100,1	102,7	100,8	101,9	102,2	99,0
1978	102,9	105,2	107,1	108,3	107,1	96,9
1979	107,0	106,7	115,7	113,1	116,6	171,2
1980	110,5	125,4	128,4	127,5	128,1	194,2
1981	122,8	147,5	146,9	146,5	146,8	229,8
1981 Januar	116,3	141,9	139,2	139,9	139,5	210,7
Februar	116,3	144,1	141,4	141,4	141,9	216,9
März	116,3	144,1	142,3	142,4	142,3	229,4
April	120,1	144,1	143,2	143,0	142,3	221,0
Mai	121,2	144,8	142,8	143,3	142,3	212,5
Juni	122,1	147,0	145,2	144,4	143,1	213,1
Juli	124,1	147,0	146,4	145,4	145,1	224,7
August	125,0	147,0	148,0	147,0	147,6	247,8
September	127,4	147,0	151,3	149,2	151,3	251,7
Oktober	128,2	154,4	153,7	152,2	154,4	239,8
November	128,2	154,4	154,4	154,4	155,6	245,4
Dezember	128,2	154,4	154,9	155,0	155,8	244,9
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1973 - 1981	6,6	9,7	12,4	10,3	8,5	15,8
1980 - 1981	11,1	17,6	14,4	14,9	14,6	18,3

zahlt werden, im Dezember bereits 1,41 DM (+ 15%). Die jahresdurchschnittliche Preiserhöhung belief sich sogar auf 20%. Bei insgesamt neun Preisanhebungen erreichte der Benzinpreis im September 1981 mit 1,52 DM den Höchststand, sank danach aber bis Dezember wieder um 11 Pfennig. Von erheblicher Bedeutung für die Höhe des Benzinpreises war die Ent-

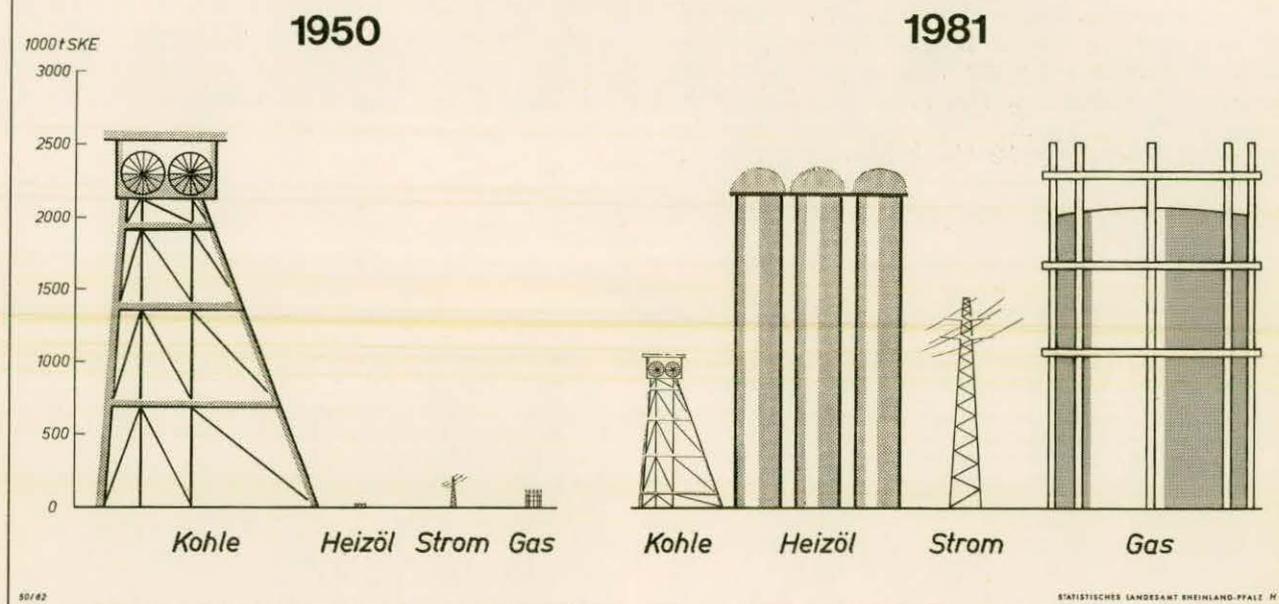
wicklung des D-Mark-Kurses zum US-Dollar. Der Dollar kostete im Januar 1981 erst 2,01 DM, verzeichnete im August mit 2,57 DM den Jahreshöchststand und fiel bis Dezember knapp unter 2,30 DM zurück. Der Benzinpreis reagierte meist kurzfristig auf den veränderten Dollarkurs und blieb im gesamten Jahresverlauf in starkem Maße davon abhängig. Die

 Index¹⁾ der Erzeugerpreise für Elektrizität, Gas und Brennstoffe im Bundesgebiet 1973 - 1981

Jahr Monat	Elektrischer Strom 2)	Erdgas	Ortsgas	Schweres Heizöl	Leichtes Heizöl	Erzeugnisse des Kohlenbergbaues
1973	76,2	52,7	68,3	46,5	66,5	60,4
1974	81,9	58,9	73,9	92,5	92,7	75,2
1975	95,7	88,3	86,8	92,1	91,7	92,9
1976	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1977	101,0	105,5	105,8	102,9	100,4	100,1
1978	105,2	108,4	106,9	94,9	96,4	107,8
1979	107,9	108,4	107,8	121,8	165,2	112,4
1980	112,7	137,7	130,7	164,2	201,5	128,9
1981	125,9	188,3	153,3	227,1	239,7	144,8
1981 Januar	119,5	165,5	145,5	213,3	220,5	135,6
Februar	120,8	166,7	145,5	219,0	230,8	135,6
März	121,2	166,9	145,5	245,2	240,5	141,9
April	122,4	178,4	147,3	243,3	226,3	144,5
Mai	124,0	180,1	147,3	237,9	222,8	144,5
Juni	124,2	180,3	147,3	234,3	225,7	145,6
Juli	128,4	187,8	149,4	227,9	238,2	145,6
August	128,9	188,6	149,7	226,9	260,5	145,6
September	129,0	189,0	149,7	227,0	256,6	145,7
Oktober	130,3	214,2	169,6	218,1	245,1	151,0
November	130,8	221,1	171,1	216,9	254,3	151,0
Dezember	130,9	220,5	171,1	215,5	255,6	151,0
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1973 - 1981	6,5	17,3	10,6	21,9	17,4	11,5
1980 - 1981	11,7	36,7	17,3	38,3	19,0	12,3

1) Nettopreisindex (ohne Mehrwertsteuer). - 2) Einschl. Ausgleichsabgabe.

Energieverbrauch in Industrie und Handwerk



Sparsamkeit der Kraftfahrer sowie der Konkurrenzdruck der freien Tankstellen, die zeitweilig Kraftstoffe billiger auf dem Spotmarkt für frei gehandelte Mengen in Rotterdam kaufen konnten, zwangen auch die großen Mineralölgesellschaften, auf veränderte Marktbedingungen kurzfristige Preisänderungen vorzunehmen.

Nach der am 1. April des vergangenen Jahres erfolgten Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 auf 51 Pfennig je Liter geht fast die Hälfte der von Januar bis Dezember 1981 eingetretenen Verteuerung des Benzins auf Steuererhöhungen zurück. Legt man den im Dezember 1981 ermittelten Benzinpreis von 1,41 DM zugrunde, so sind darin 67 Pfennig an Steuern (51 Pfennig Mineralölsteuer und 16 Pfennig Mehrwertsteuer) enthalten; das entspricht einem Anteil von 48% am Gesamtpreis.

An Tankstellen mit Bedienung wurde ringfreies Benzin um durchschnittlich 4 Pfennig billiger angeboten als Markenbenzin. Die Verbraucherpreise für Kraftstoffe an Tankstellen mit Selbstbedienung, die seit 1976 in der amtlichen Verbraucherpreisstatistik ermittelt werden, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Im Jahre 1981 übertrafen die Benzinverkäufe mit Selbstbedienung erstmals mengenmäßig diejenigen mit Bedienung. Bei Selbstbedienung sparte der Verbraucher im vergangenen Jahr für Normal- und Superbenzin an Markentankstellen pro Liter rund 3 Pfennig und an ringfreien Tankstellen 1 bis 2 Pfennig. Diesellostoff, der im Jahresdurchschnitt 1980 etwa soviel gekostet hatte wie Normalbenzin, wurde 1981 je Liter um rund 10 Pfennig billiger als Normalbenzin verkauft. Seit Beginn der ersten Ölkrise 1973/74 bis zum Jahre 1981 hat sich der Preis für Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) mehr als verdoppelt

(+ 103%), Super verteuerte sich um 90% und Diesellostoff um 96%.

Höchster Literpreis für Heizöl 79 Pfennig

Leichtes Heizöl, das in den Sommermonaten meist etwas billiger angeboten wird als im Winter, war erstmals seit vielen Jahren im August und September 1981 mit jeweils 79 Pfennig je Liter (bei einer Abnahmemenge von 5 000 Litern) am teuersten. In den folgenden Monaten konnte hingegen ein leichter Preisrückgang ermittelt werden. Ein Grund dafür war der inzwischen eingetretene Rohölüberfluß mit rückläufigen Preisen auf dem Weltmarkt, der sich auf die Preise des Spotmarkts in Rotterdam niederschlug. Ebenso wie für Benzin wurde auch der Preis für Heizöl deutlich von kurzfristigen starken Veränderungen des Dollarkurses zur D-Mark beeinflusst. Im Dezember 1981 kostete ein Liter Heizöl 77 Pfennig, das waren 14% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 1981 erhöhte sich der Heizölpreis um 18% auf 73 Pfennig. Vom Beginn der ersten Ölkrise 1973 bis 1981 ergab sich ein Preisanstieg um fast 230%.

Haushaltsgas um 18% teurer

Die Tarife für Haushaltsgas wurden deutlich angehoben, und zwar für die meisten Versorgungsgebiete im Januar oder Oktober. Im Jahresdurchschnitt 1981 belief sich der Preisanstieg auf 18%. Er traf vor allem die Haushalte, welche nicht nur mit Gas kochen, sondern auch heizen. Im Jahre 1978 hatte jede sechste rheinland-pfälzische Wohnung eine Gasheizung. Gas verteuerte sich von 1973 bis 1981 um 110%, wobei die Preiserhöhungen in den Jahren 1975, 1980 und 1981 am stärksten ausfielen.

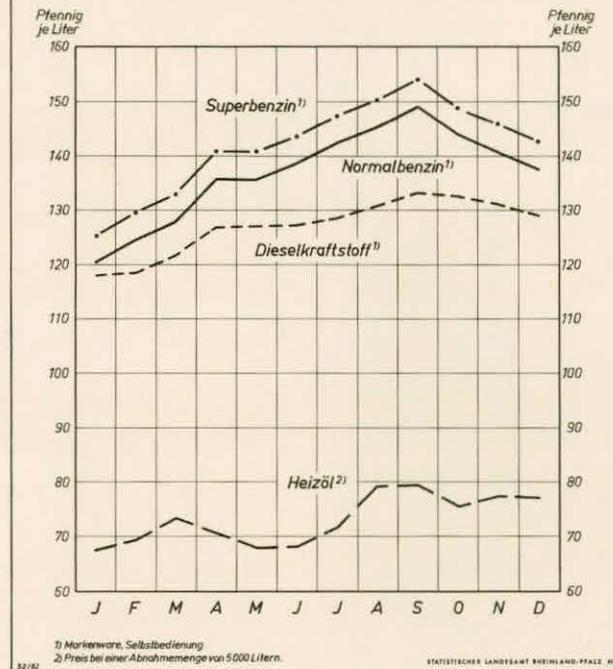
Verteuerung der Elektrizität relativ am geringsten

Die mit der Verteuerung des Erdöls verbundenen Preisschübe bei den anderen Energieträgern wirkten sich bisher weniger auf die Verbraucherpreise für elektrischen Strom aus, der von 1973 bis 1981 um 67% teurer wurde. Der Preisanstieg war mit Abstand der geringste von allen Energieträgern, fiel aber deutlich höher aus als der Anstieg des gesamten Verbraucherpreinsniveaus. Die Preise für Elektrizität werden maßgeblich auch von den laufenden Betriebskosten, Aufwendungen für Unterhaltung und Ausbau

Verbraucherpreise für Kraftstoffe 1973 - 1981

Jahr Monat	Normalbenzin		Superbenzin		Dieselkraftstoff	
	Markenware	ringfrei	Markenware	ringfrei	Markenware	ringfrei
Pfennig je Liter						
Mit Bedienung						
1973	68,8	64,9	76,3	71,4	66,3	62,8
1974	84,0	81,6	90,2	85,8	87,3	76,0
1975	83,6	79,2	90,3	84,8	86,4	80,5
1976	90,4	85,9	95,8	90,7	88,8	83,4
1977	87,7	82,7	92,5	87,3	88,3	82,7
1978	90,3	83,2	94,9	87,7	90,1	82,0
1979	98,6	95,2	103,2	99,4	100,3	97,1
1980	116,4	112,2	121,0	116,7	116,7	113,5
1981	139,8	135,1	144,6	140,7	129,8	125,9
1981 Januar	123,1	118,8	127,8	123,9	120,9	116,8
1981 Februar	126,9	123,0	131,7	128,1	121,4	117,5
1981 März	129,7	126,4	134,5	131,8	123,2	119,0
1981 April	138,6	134,9	143,4	140,2	128,7	124,9
1981 Mai	138,6	134,7	143,3	140,2	129,0	125,2
1981 Juni	141,8	136,4	145,7	142,0	129,2	125,2
1981 Juli	145,7	140,5	149,1	146,0	132,0	127,3
1981 August	149,1	143,0	153,9	148,5	134,1	130,0
1981 September	151,9	147,7	156,9	154,4	136,2	134,0
1981 Oktober	147,7	141,8	152,4	147,3	135,9	131,8
1981 November	144,1	138,8	149,2	144,2	134,0	130,4
1981 Dezember	141,3	136,7	146,7	141,2	132,6	128,9
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1973 - 1981	9,3	9,6	8,3	8,8	8,8	9,1
1980 - 1981	20,1	20,4	19,5	20,6	11,2	10,9
Selbstbedienung						
1976	87,1	85,6	92,3	89,7	-	-
1977	84,1	82,2	88,9	87,3	-	-
1978	86,7	81,3	91,4	85,5	85,3	78,9
1979	95,4	93,9	99,7	97,5	96,8	94,0
1980	112,8	110,6	117,6	115,2	114,0	111,0
1981	136,7	134,0	141,7	138,4	127,0	123,1
1981 Januar	120,3	117,1	125,2	121,5	117,9	114,4
1981 Februar	124,5	121,7	129,5	125,4	118,4	114,9
1981 März	127,9	123,9	132,9	128,4	121,7	116,4
1981 April	135,8	133,3	140,8	137,6	127,0	121,9
1981 Mai	135,7	133,3	140,7	137,6	127,1	122,0
1981 Juni	138,4	134,9	143,5	139,1	127,2	122,5
1981 Juli	142,3	138,8	147,3	142,7	128,5	125,4
1981 August	145,2	141,9	150,1	146,1	130,8	126,5
1981 September	149,0	146,1	154,0	150,7	133,1	129,1
1981 Oktober	143,9	141,7	148,6	146,0	132,5	128,7
1981 November	140,5	138,8	145,8	143,6	131,0	128,1
1981 Dezember	137,3	136,7	142,4	142,2	128,8	127,3
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
1976 - 1981	9,4	9,4	9,0	9,1	14,2	16,0
1980 - 1981	21,2	21,2	20,5	20,1	11,4	10,9

Kraftstoff- und Heizölpreise 1981



1) Markenware, Selbstbedienung
2) Preis bei einer Abnahmemenge von 5000 Litern.
STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ 11

der Verteilersysteme, Abschreibungen und den Kapitaldienst beeinflusst, die sich weniger stark verteuert haben. Auch im Jahre 1981 verzeichneten die Verbraucherpreise für Elektrizität mit einer Zunahme um 11,1% den geringsten Anstieg von allen Energieträgern.

Erzeugnisse des Kohlenbergbaus knapp 15% teurer

Seit 1973/74 hat sich die Nachfrage nach Erzeugnissen des Kohlenbergbaus deutlich erhöht, was zu einer starken Ausweitung der Kohleförderung führte. Von 1973 bis 1981 erhöhten sich vor allem die Verbraucherpreise für Steinkohle (+ 154%). Auch für Anthrazit-Eierbriketts ergaben sich sehr starke Preisanhebungen auf mehr als das Doppelte (+ 119%), während sich Braunkohlenbriketts immerhin noch um 93% verteuerten. Im Jahre 1981 wurden für alle drei Kohlenarten annähernd gleich hohe Preissteigerungen zwischen 14 und 15% ermittelt.

Anders als bei den Verbraucherpreisen wurden auf Landesebene nur relativ wenige Erzeugerpreise ermittelt, so daß hierfür nur Bundesdurchschnittswerte vorliegen. Die Erzeugerpreise für Energieträger stiegen 1981 im Bundesgebiet ähnlich stark wie die Verbraucherpreise. Ungewöhnlich kräftig verteuerten sich das vorwiegend von der Industrie benötigte schwere Heizöl (+ 38%) und Erdgas (+ 37%). Auch die Erzeugerpreise der übrigen Energieträger verzeichneten hohe Steigerungsraten, und zwar leichtes Heizöl 19%, Ortsgas 17%, Erzeugnisse des Kohlenbergbaus 12,3% und elektrischer Strom 11,7%.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Straffälligkeit 1971 bis 1980

Zur Beurteilung der Straffälligkeit kann sowohl die polizeiliche Kriminalstatistik als auch die Strafverfolgungsstatistik herangezogen werden. Die Kriminalstatistik erfaßt den Stand der kriminalpolizeilichen Tätigkeit von der Anzeige oder Entdeckung bis zur Abgabe der Ermittlungsakten an die Staatsanwaltschaft oder das Gericht, so daß in ihr die Straftaten und Täter im Stadium des kriminalpolizeilichen Ermittlungsverfahrens erscheinen. Die Strafverfolgungsstatistik basiert auf den rechtskräftigen Aburteilungen und gibt Aufschluß über die Zahl der in einem Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen abgeurteilten Personen. Die Vielzahl der strafrechtlich geahndeten Übertretungen sind hier nicht erfaßt.

Berücksichtigt man die Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten, so ergibt sich eine höhere Straffälligkeit als anhand der Strafverfolgungsstatistik nachgewiesen wird. Die tatsächliche Straffälligkeit erhöht sich weiter um die Dunkelziffer der unbekannt gebliebenen Straftaten. In der polizeilichen Kriminalstatistik fehlen ab 1963 alle im Zusammenhang mit Verkehrsdelikten begangenen Verbrechen und Vergehen. Ungeachtet dieser Erfassungslücken vermitteln die genannten Statistiken jedoch ein gutes Bild über die allgemeine Tendenz der Kriminalität bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen.

Fast die Hälfte aller Straftaten aufgeklärt

Die Zahl der den Polizeibehörden bekanntgewordenen Straftaten nahm in den vergangenen Jahren ständig zu. Im Jahre 1980 wurden insgesamt fast 183 000 Fälle registriert, gut die Hälfte mehr als zehn Jahre (1971) zuvor. Diese Zahlen zeugen nicht nur von einer starken Steigerung der Kriminalität, sie lassen auch die Entwicklung des Arbeitsanfalles bei den den Kriminaldienst verrichtenden Polizeidienststellen erkennen. Mit fast 86 000 aufgeklärten Fällen lag die Aufklärungsquote 1980 bei knapp 50%. Innerhalb der einzelnen Deliktgruppen ist das Aufklärungsergebnis recht unterschiedlich. Bei Straftaten wie Betrug, Urkundenfälschung, fahrlässiger Tötung, Abbruch der Schwangerschaft und anderen, bei denen sich das Verfahren im allgemeinen gegen einen von vornherein bekannten Täter richtet, liegt sie höher als bei solchen, die mehr anonym begangen werden. Einfacher Diebstahl und

schwerer Diebstahl, die weit mehr als die Hälfte aller bekanntgewordenen Delikte ausmachen, erreichen mit einer Aufklärungsquote von 31% die allgemeine Aufklärungsquote (47%) bei weitem nicht.

Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt zeigt sich in Rheinland-Pfalz ein günstigeres Bild der Gesamtkriminalität. Auf 100 000 Einwohner entfielen hier 5 008 Straftaten, im Bundesgebiet 6 200, von welchen 45% aufgeklärt wurden.

Unter 100 000 Personen wurden 1 500 straffällig

Die Zahl der Täter, die von den Gerichten verurteilt wurden, lag während der letzten zehn Jahre zwischen 37 000 und 46 000. Bezogen auf die strafmündige Bevölkerung besagen diese Zahlen, daß von 100 000 Personen 1 300 bis 1 500 verurteilt worden sind, wobei

Bekanntgewordene und aufgeklärte Straftaten 1971 - 1980

Jahr	Bekanntgewordene Fälle		Aufgeklärte Fälle	
	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	Anzahl	Anteil in %
1971	116 020	3 162	57 605	49,7
1972	126 159	3 423	62 253	49,3
1973	130 481	3 528	66 579	51,0
1974	136 494	3 693	66 705	48,9
1975	139 807	3 802	65 285	46,7
1976	152 263	4 164	74 939	49,2
1977	160 233	4 396	75 889	47,4
1978	161 821	4 453	74 692	46,2
1979	173 131	4 768	82 587	47,7
1980	182 234	5 008	85 436	46,9

der Höchstwert im Jahre 1977, der niedrigste 1973 ermittelt wurde. Der zeitliche Verlauf der allgemeinen Kriminalitäts- oder Verurteiltenziffer täuscht darüber hinweg, daß sich die Straffälligkeit unter den Tätergruppen unterschiedlich entwickelt hat. Während bei den Jugendlichen eine deutliche Zunahme der Verurteilungshäufigkeit zu registrieren ist (+ 25%), stagniert diese bei den Erwachsenen. Bei den Heranwachsenden zeigt sich seit dem Jahre 1978 sogar ein stetiger Rückgang. Trotzdem ist die Verurteiltenziffer dieser Gruppe fast dreimal so hoch wie die der Jugendlichen und fast doppelt so hoch wie bei den Erwachsenen. Das Ausmaß der Kriminalität wird hauptsächlich von den strafrechtlichen Verfehlungen des männlichen Bevölkerungsteils bestimmt. Bei den Erwachsenen treffen auf eine verurteilte Frau sieben verurteilte Männer, bei den Jugendlichen sind es sechs und bei den Heranwachsenden sieben.

Drei Viertel aller Straftaten Vermögensdelikte und Straßenverkehrsvergehen

Die aufgrund der Strafrechtsänderungen eingeschränkte Vergleichbarkeit erlaubt es nicht, eine Häufigkeitsentwicklung nach den Tatbeständen des Strafgesetzbuches aufzuzeigen. Gleichwohl soll auf die hauptsächlich interessierenden Deliktsbereiche - soweit bei diesen eine vergleichsbietende Abgrenzung möglich ist - näher eingegangen werden. Bezüglich der

Entwicklung der Straffälligkeit 1971 - 1980

(Verurteilte auf 100 000 der gleichen Bevölkerungsgruppe)

Jahr	Insgesamt	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
1971	1 329	1 710	3 538	1 149
1972	1 367	1 720	3 701	1 183
1973	1 325	1 610	3 452	1 159
1974	1 409	1 681	3 471	1 247
1975	1 327	1 520	3 530	1 163
1976	1 240	1 738	3 372	1 049
1977	1 549	1 800	4 092	1 352
1978	1 481	1 935	3 971	1 263
1979	1 387	1 876	3 641	1 179
1980	1 405	2 165	3 464	1 178

Erfassung im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik sei noch angemerkt, daß bei einer Verurteilung wegen Verwirklichung mehrerer Tatbestände nur jene Gesetzesverletzung berücksichtigt wird, welche die schwerste Strafe androht. Werden jedoch mehrere strafbare Handlungen der gleichen Person in verschiedenen Strafverfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Verfahren gesondert gezählt.

Auch in der Statistik der gerichtlichen Aburteilungen stehen die Vermögensdelikte und die Vergehen im Straßenverkehr der Häufigkeit nach an erster Stelle. Auf diese beiden Deliktgruppen zusammen entfielen in den vergangenen zehn Jahren mehr als drei Viertel aller Verurteilungen, wobei die Verkehrsdelikte mit

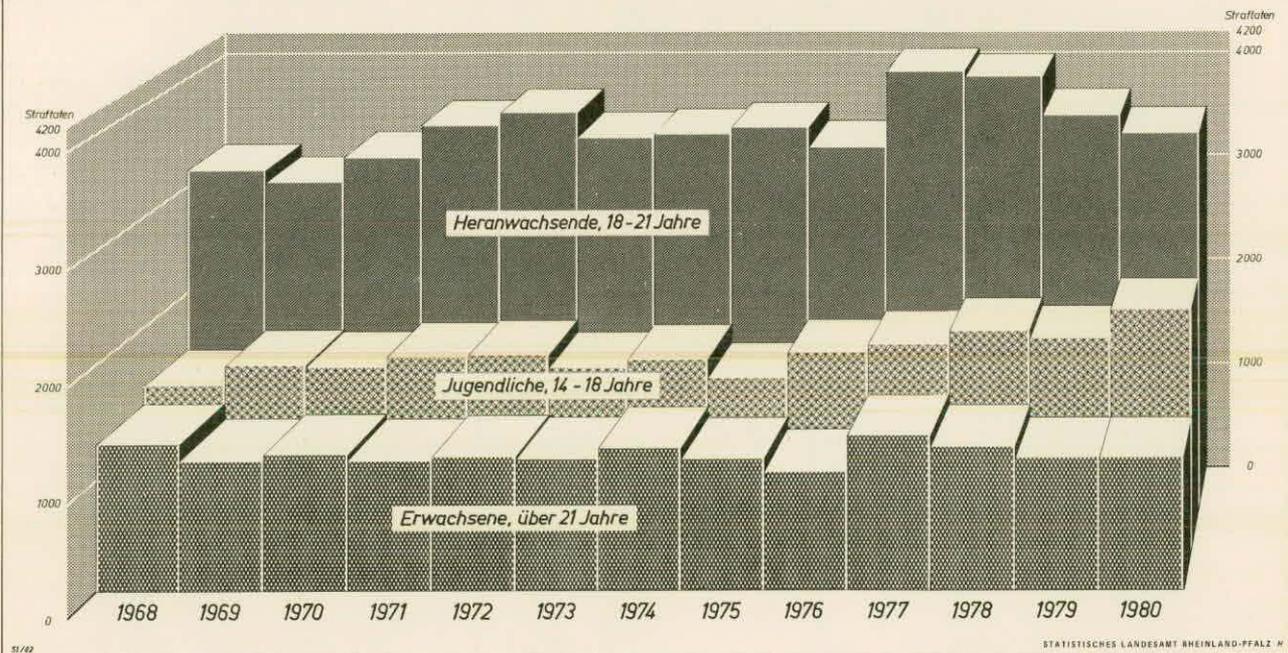
46% dominierten. Die den Verurteilungen zugrunde liegenden Vermögensdelikte waren zu 70% Diebstähle und Unterschlagungen (85 014 Fälle im Betrachtungszeitraum). Gemessen an den deliktsspezifischen Verurteilungsziffern läßt sich ein eindeutiger Trend der Diebstahlskriminalität nicht erkennen. Vielmehr ändern sich die Werte im Laufe der Jahre beachtlich. Der zwischen 1971 und 1980 festgestellte Rückgang um 4,7% kann somit nicht als positive Entwicklung dieses Kriminalitätsgeschehens angesehen werden.

Als Vermögensdelikte, die eine besonders kriminelle Aggressivität voraussetzen, müssen Raub und Erpressung gewertet werden. In den zehn Jahren von 1971 bis 1980 gab es 2 493 Verurteilungen wegen

Straftaten im Straßenverkehr nach Personengruppen 1971 - 1980
(Verurteilte auf 100 000 der gleichen Bevölkerungsgruppe)

Jahr	Straftaten im Straßenverkehr		Un-erlaubtes Entfernen vom Unfallort § 142 StGB	Fahr-lässige Tötung § 222 StGB	Fahr-lässige Körper-verletzung § 230 StGB	Ge-fährdung des Straßen-verkehrs § 315 c StGB	Trunkenheit im Straßen-verkehr (ohne Gemein-gefährdung) § 316 StGB	Straftaten nach dem StVG	
	ins-gesamt	in Trunkenheit						zu-sammen	Fahren ohne Fahr-erlaubnis § 21 Abs. 1, Nr. 1 StVG
Insgesamt									
1971	608	239	66	12	223	69	125	109	82
1972	628	263	73	12	217	75	136	109	84
1973	618	266	74	10	212	72	143	104	78
1974	649	294	78	9	198	72	174	113	86
1975	608	297	76	10	172	69	177	99	76
1976	567	290	68	8	143	64	184	96	76
1977	726	374	94	9	167	78	244	127	101
1978	687	363	91	7	135	76	239	133	109
1979	631	326	92	7	120	72	210	125	104
1980	655	345	94	6	116	72	229	135	117
Jugendliche									
1971	266	25	11	3	37	7	14	193	181
1972	331	34	17	1	45	6	19	239	224
1973	313	45	20	1	41	10	23	214	203
1974	377	56	20	2	53	14	30	253	233
1975	353	57	24	4	55	14	31	218	208
1976	406	67	23	2	50	13	43	272	247
1977	458	81	32	3	48	19	48	303	282
1978	515	82	26	2	53	15	53	362	335
1979	515	77	28	2	38	14	50	378	354
1980	717	78	34	2	47	13	58	555	523
Heranwachsende									
1971	1 670	423	196	40	757	134	170	360	292
1972	1 714	475	222	48	752	144	201	340	272
1973	1 623	476	210	34	716	138	191	330	260
1974	1 649	512	227	35	651	166	223	338	266
1975	1 700	598	248	43	623	164	283	328	272
1976	1 636	622	247	31	541	157	303	349	274
1977	2 031	770	287	41	638	196	408	450	364
1978	1 917	748	324	34	487	210	378	471	386
1979	1 916	648	330	28	417	171	357	443	377
1980	1 690	624	295	24	419	162	340	439	380
Erwachsene									
1971	569	247	63	11	205	70	132	84	59
1972	583	271	69	11	198	77	133	82	59
1973	580	272	70	10	194	73	150	79	55
1974	608	302	74	8	181	72	185	85	61
1975	560	299	69	8	153	68	185	73	52
1976	511	290	60	7	125	62	190	63	46
1977	663	376	87	8	147	76	253	87	64
1978	619	365	82	6	119	73	249	86	67
1979	564	329	82	6	107	71	216	77	59
1980	574	351	85	5	101	71	238	70	56

Straftaten insgesamt 1968-1980 (auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)



solcher Gewaltakte, häufiger von Jugendlichen und Heranwachsenden (55%) als von erwachsenen Tätern verübt. Die höchsten Verurteilungsziffern der einzelnen Tätergruppen liegen in den Jahren 1973 (37 Jugendliche), 1976 (50 Heranwachsende) und 1977 (sechs Erwachsene). Insgesamt zeigt sich zwischen 1971 und 1980 ein ständiger, wenn auch nicht kontinuierlicher Anstieg, der durch die Erhöhung des Ausgangswertes (6) um ein Drittel belegt wird.

Die Zahl der Verurteilungen wegen Vergehen im Straßenverkehr belief sich in den Jahren 1971 bis 1980 auf rund 186 500. Sieht man von den als Straftatbestände qualifizierten Trunkenheitsdelikten ab, so zeigen die übrigen Straßenverkehrsvergehen in ihrer Häufigkeit keine einheitliche Entwicklung. Die am Ende des Berichtszeitraumes etwas abfallenden Verurteilungsziffern könnten freilich einen günstigeren Trend andeuten.

Anders ist es bei den Trunkenheitsdelikten (89 603 Fälle), die in den letzten zehn Jahren, gemessen an der Verurteilungshäufigkeit, um 44% zugenommen haben. Unter den Tätergruppen haben bei den Straßenverkehrsdelikten insgesamt allein die Verurteilungen Jugendlicher (+ 170%) eine eindeutige Entwicklung nach oben aufzuweisen. Dagegen zeigt bei Trunkenheitsdelikten die Verurteilungshäufigkeit der Erwachsenen (+ 42%) und Heranwachsenden (+ 48%) einen stetigen Anstieg, der jedoch erheblich geringer ausgefallen ist als bei den Jugendlichen (+ 212%). Allerdings machen die Fallzahlen der Verurteilungen jugendlicher Trunkenheitstäter nur 1,7% aus.

Starke Zunahme der Körperverletzungsdelikte unter Jugendlichen

Rund 67 500 Täter wurden in den Jahren 1971 bis 1980 wegen Körperverletzung verurteilt. Nur bei einem

Viertel (17 900) von ihnen hatte die Tat keine Beziehung zu einem Straßenverkehrsvergehen. Gemessen an allen während des Berichtszeitraumes geahndeten Delikten haben die Körperverletzungen insgesamt einen Anteil von 17%. Der Anteil der nicht infolge eines Straßenverkehrsunfalles ergangenen Verurteilungen beläuft sich hingegen auf 4,4%. Diese Körperverletzungsdelikte sind insgesamt gesehen in ihrer Häufigkeit unverändert geblieben (61 Verurteilungen auf 100 000 Strafmündige), obwohl die Verurteilungshäufigkeit unter den 14- bis 18jährigen deutlich (+ 52,3%) zugenommen hat. Auch bei den fahrlässigen Körperverletzungen im Straßenverkehr ergab sich für die Jugendlichen eine deutliche Zunahme (+ 27%), wogegen die Verurteilungshäufigkeit wegen dieses Deliktes bei den Erwachsenen (- 51%) und Heranwachsenden (- 45%) kontinuierlich und auffällig stark absank.

Weniger Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Die Straftatbestände gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben infolge der Strafrechtsänderungen während des Berichtszeitraumes eine Neufassung erfahren, wodurch sich zeitliche Vergleiche der Gesamtgruppe ausschließen. Die Aussagen müssen daher auf die beiden häufigsten, seit dem Jahre 1974 von einer rechtlichen Veränderung nicht betroffenen Sittlichkeitsdelikte, den sexuellen Mißbrauch von Kindern und die Vergewaltigung, beschränkt bleiben.

Des sexuellen Mißbrauchs von Kindern wurden in den Jahren 1974 bis 1980 insgesamt 836 Angeklagte für schuldig befunden. Sowohl der Häufigkeitsziffer als auch der Fallzahl nach haben sich diese Delikte seit 1974 sehr deutlich verringert. Am stärksten rückläufig war die Verurteilungshäufigkeit bei den Heranwachsenden (- 71%), beachtlich aber auch bei den Jugendlichen (- 24%) und Erwachsenen (- 12%).

Lfd. Nr.	Deliktgruppe	Jahr	Verurteilte			Jugendliche		
			insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
								Ins-
1	Straftaten gegen den Staat, öffentliche Ordnung (außer- unerlaubtem Entfernen vom Unfallort), und im Amte (§§ 80-168, 331-358 StGB)	1971	791	673	118	52	43	9
2		1980	1 175	945	230	93	75	18
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174-184 c StGB)	1971	485	477	8	37	37	-
4		1980	361	351	10	38	38	1
5	Straftaten gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169-241 a StGB außer §§ 222, 230 StGB i.V.m. Verkehrsunfall)	1971	2 972	2 737	235	163	158	5
6		1980	3 577	3 293	284	325	292	33
7	Mord und Totschlag (§§ 211-213 StGB)	1971	23	18	5	1	-	1
8		1980	55	49	6	5	5	-
9	Körperverletzung (§§ 223-233 StGB)	1971	1 688	1 592	96	144	143	1
10		1980	1 894	1 749	145	260	239	21
11	Vermögensdelikte (§§ 242-305 StGB)	1971	11 736	8 766	2 970	2 655	2 136	519
12		1980	12 745	9 493	3 252	2 960	2 426	534
13	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242-248 c StGB)	1971	8 390	5 925	2 465	2 349	1 860	489
14		1980	8 609	6 107	2 502	2 433	1 952	481
15	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249-256, 316 a StGB)	1971	157	152	5	27	26	1
16		1980	249	238	11	68	61	7
17	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306-330 c StGB außer §§ 315 b, 315 c, 316, 316 a und 330 a StGB i.V.m. Verkehrsunfall)	1971	547	517	30	22	21	1
18		1980	384	365	19	29	24	5
19	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315 b, 315 c, 316, 222, 230, 330 a StGB i.V.m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	1971	17 052	15 866	1 186	581	547	34
20		1980	19 790	18 261	1 529	1 880	1 776	104
21	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	1971	3 668	3 183	485	230	202	28
22		1980	4 405	3 829	576	355	304	51
23	Straftaten insgesamt	1971	37 251	32 219	5 032	3 740	3 144	596
24		1980	42 437	36 537	5 900	5 680	4 935	745
								Auf 100 000 der straf-
1	Straftaten gegen den Staat, öffentliche Ordnung (außer- unerlaubtem Entfernen vom Unfallort) und im Amte (§§ 80-168, 331-358 StGB)	1971	28	52	8	24	38	8
2		1980	39	67	14	36	56	14
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174-184 c StGB)	1971	17	37	1	17	33	-
4		1980	12	25	1	15	28	-
5	Straftaten gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169-241 a StGB außer §§ 222, 230 StGB i.V.m. Verkehrsunfall)	1971	106	209	16	75	141	5
6		1980	118	232	18	124	217	26
7	Mord und Totschlag (§§ 211-213 StGB)	1971	.	2	.	.	-	1
8		1980	2	4	.	2	4	-
9	Körperverletzung (§§ 223-233 StGB)	1971	60	123	7	65	129	1
10		1980	63	123	9	99	178	16
11	Vermögensdelikte (§§ 242-305 StGB)	1971	419	671	198	1 214	1 907	486
12		1980	422	668	203	1 128	1 801	418
13	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242-248 c StGB)	1971	299	453	165	1 074	1 661	458
14		1980	285	430	156	928	1 449	377
15	Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249-256, 316 a StGB)	1971	6	12	-	12	23	1
16		1980	8	17	1	26	45	6
17	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306-330 c StGB außer §§ 315 b, 315 c, 316, 316 a und 330 a StGB i.V.m. Verkehrsunfall)	1971	20	40	2	10	19	1
18		1980	13	26	1	11	18	4
19	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315 b, 315 c, 316, 222, 230, 330 a StGB i.V.m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	1971	608	1 214	79	266	488	32
20		1980	655	1 285	96	717	1 317	82
21	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	1971	131	244	32	105	180	26
22		1980	146	270	36	135	226	40
23	Straftaten insgesamt	1971	1 329	2 466	336	1 710	2 807	559
24		1980	1 405	2 572	367	2 165	3 664	584

Heranwachsende			Erwachsene			Lfd. Nr.
zu-sammen	männ-lich	weib-lich	zu-sammen	männ-lich	weib-lich	
gesamt						
98	85	13	641	545	96	1
196	161	35	886	709	177	2
55	55	-	393	385	8	3
39	38	1	284	275	9	4
377	359	18	2 432	2 220	212	5
443	421	22	2 809	2 580	229	6
3	3	-	19	15	4	7
12	11	1	38	33	5	8
310	302	8	1 234	1 147	87	9
324	309	15	1 310	1 201	109	10
1 906	1 606	300	7 175	5 025	2 151	11
1 834	1 482	352	7 951	5 585	2 366	12
1 516	1 254	262	4 525	2 811	1 714	13
1 356	1 081	275	4 820	3 074	1 746	14
45	44	1	85	82	3	15
65	64	1	116	113	3	16
65	61	4	460	435	25	17
57	56	1	298	285	13	18
2 664	2 480	184	13 807	12 839	968	19
3 146	2 900	246	14 764	13 585	1 179	20
496	464	32	2 942	2 517	425	21
735	658	77	3 315	2 867	448	22
5 661	5 110	551	27 850	23 965	3 885	23
6 450	5 716	734	30 307	25 886	4 421	24
mündiger Bevölkerung						
61	103	17	26	49	7	1
105	168	39	34	60	13	2
34	66	-	16	35	1	3
21	40	1	11	23	1	4
236	433	23	100	200	16	5
238	440	24	109	217	17	6
2	3	-	.	2	.	7
6	12	1	1	3	.	8
195	364	11	50	102	7	9
174	323	17	51	101	8	10
1 192	1 939	389	297	452	164	11
985	1 549	389	309	469	171	12
948	1 514	340	187	253	131	13
728	1 130	304	187	258	126	14
28	53	1	7	4	.	15
35	67	1	5	10	.	16
41	74	5	19	39	2	17
31	59	1	12	24	1	18
1 665	2 994	238	569	1 155	74	19
1 690	3 031	272	574	1 141	85	20
310	560	41	121	226	32	21
395	688	85	129	241	32	22
3 538	6 170	714	1 149	2 155	296	23
3 464	5 975	811	1 178	2 174	320	24

Weniger eindeutig verliefen die Häufigkeitsziffern für Verurteilungen wegen des Tatbestandes der Vergewaltigung, welche von 1974 bis 1980 gegen 338 Erwachsene, 104 Heranwachsende und 50 Jugendliche ausgesprochen wurden. Mit einer durchschnittlichen Verurteilungsziffer von 10 (Erwachsene 2,2; Jugendliche 3,3) dominieren die heranwachsenden Täter auffällig. Ihre Verurteilungshäufigkeit wie die der Erwachsenen blieb jedoch seit 1977 ziemlich konstant. Hingegen treten jugendliche Täter, das heißt 14- bis 18jährige, seitdem bei der Vergewaltigung stärker in Erscheinung.

Wegen der beiden schwersten Kapitaldelikte Mord und Totschlag wurden während der Jahre 1971 bis 1980 insgesamt 417 Delinquenten verurteilt. Die zahlenmäßige Entwicklung verlief bei den Tötungsdelikten sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Heranwachsenden und Jugendlichen völlig uneinheitlich.

Jährlich 55 000 Strafen und Maßregeln

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre wurden jährlich rund 45 000 Strafen und Maßregeln nach allgemeinem Strafrecht und rund 10 000 Strafen, Zuchtmittel und Maßregeln nach Jugendstrafrecht verhängt. Gut 80% der nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten erhielten eine Geldstrafe, 17% eine Freiheitsstrafe, meist unter sechs Monaten. Maßregeln zur Sicherung und Besserung wurden in zunehmendem Maße aufgrund vermehrter Entziehung der Fahrerlaubnis angeordnet. Im Jahre 1980 betrug deren Anteil nahezu 19%. Dem Jugendgericht stehen zur Ahndung der Straftaten als Maßnahmen erzieherischen Charakters neben Erziehungsmaßregeln auch Zuchtmittel zur Verfügung, wobei die letzteren außerdem eine die Schuld des Täters ahndende Funktion haben. Während Erziehungsmaßregeln bei nur 2,1% angeordnet wurden, erhielten 81% aller nach Jugendstrafrecht verurteilten Personen als Hauptstrafe Zuchtmittel auferlegt. Die Schuld der Straftat wog bei 17% der Verurteilten so schwer, daß Jugendarrest nicht ausreichte, sondern Jugendstrafe verhängt wurde.

Für eine exakte Aussage über eine eventuelle Änderung der Strafpraxis sowohl was das Strafmaß als auch die Straftat betrifft, bedarf es nicht nur deliktenspezifischer Untersuchungen eines möglichen Wandels krimineller Verhaltensweisen, auch die im Rahmen der Strafrechtsänderungsgesetze bewirkten Neuordnungen müßten berücksichtigt werden. Aus dem vorliegenden statistischen Material lassen sich jedoch solche Erkenntnisse nicht ermitteln. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß - soweit es die Verurteilungen nach dem allgemeinen Strafrecht betrifft - eine deutliche Tendenz zur härteren Bestrafung erkennbar ist. Wurde 1971 lediglich bei 15% der Verurteilungen eine Freiheitsstrafe verhängt, so belief sich deren Anteil 1980 auf 18%. Anders als die nach allgemeinem Strafrecht verhängten Freiheitsstrafen zeigt die Entwicklung der Jugendstrafen keinen eindeutigen Verlauf. Anteilmäßig bewegte sich diese Straftat zwischen 19,7% im Jahre 1976 und 13,7% im Jahre 1980.

Auch bei den Zuchtmitteln und Erziehungsmaßregeln gibt es keine erkennbaren Veränderungen hinsichtlich einer stärkeren Anwendung der einen oder anderen Strafmaßnahme.

R. Zirwes

Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform 1977

Die Statistik über die veranlagte Körperschaftsteuer ist Teil der im Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) angeordneten und in dreijährlichem Erhebungssturnus durchzuführenden Statistiken über die Steuern vom Einkommen. Die für das Jahr 1977 erstellte Körperschaftsteuerstatistik ist die erste Aufbereitung nach der Reform des Körperschaftsteuergesetzes vom 31. August 1976 (BGBl. I S. 2597).

Bedeutende Steuerrechtsänderungen

Die Körperschaftsteuerstatistik ist als Sekundärstatistik an die Unterlagen der Finanzverwaltung gebunden. Die Aussagekraft ihrer Ergebnisse wird deshalb weitgehend von den steuerrechtlichen Tatbeständen und Begriffsabgrenzungen bestimmt. In die Statistik sind nur Steuerpflichtige, für die eine Veranlagung durchzuführen war, einbezogen. Bei einem Vergleich der statistischen Ergebnisse verschiedener Jahre müssen auch die zwischenzeitlich erfolgten Änderungen im Körperschaftsteuerrecht beachtet werden, die ebenfalls Auswirkungen auf die statistischen Ergebnisse haben können.

Insbesondere ist hier die Körperschaftsteuerreform 1977 zu nennen, die vor allem die folgenden Neuerungen brachte:

- (1) die Neufassung des Befreiungskataloges (§ 5 KStG) führte zu einer geänderten Abgrenzung der Körperschaftsteuerpflichtigen, die wegen der relativ geringen quantitativen Bedeutung allerdings nicht stark ins Gewicht fällt;
- (2) Die Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte wird unter anderem beeinflusst von Änderungen
 - (a) der Gewinnermittlungsvorschriften (§§ 4 bis 7 f EStG), und zwar vor allem durch die Verbesse-

rung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten und

- (b) der Regelungen über die Korrekturbeträge, so zum Beispiel die Anrechnung der Körperschaftsteuer, die auf vereinnahmte Kapitalerträge entfällt, der Wegfall der Ergänzungsabgabe und die Einführung der Abzugsmöglichkeit für die Hälfte der Aufsichtsratsvergütungen (§ 10 Nr. 3 KStG);
- (3) Erweiterung der Verlustabzugsmöglichkeiten (§ 10 d EStG);
- (4) Einführung eines Freibetrages für kleinere Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (§ 24 KStG);
- (5) Wegfall des bisherigen gespaltenen Körperschaftsteuertarifs und des Staffeltarifs; statt dessen
 - (a) Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 56%,
 - (b) ermäßigte Steuersätze für bestimmte Körperschaften,
 - (c) Einführung des Anrechnungsverfahrens, wodurch die Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne beseitigt und eine einheitliche Ausschüttungsbelastung in Höhe von 36% sichergestellt wird.

Im Jahre 1977 wurden in Rheinland-Pfalz 9 204 unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen zur Körperschaftsteuer veranlagt, unter denen sich 3 362 Verlustfälle und 607 Organgesellschaften, davon 303 mit Verlust, befanden. In die folgende Darstellung wurden jedoch nur die 4 810 steuerbelasteten und die 425 nichtsteuerbelasteten unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen einbezogen. Von den insgesamt 5 235 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen wiesen 4 956 einen Bilanzgewinn und 279 einen Bilanzverlust aus.

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer nach Rechtsformen 1974 und 1977

(ohne Körperschaftsteuerpflichtige mit Verlust und ohne Organgesellschaften)

Rechtsform	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommen		Festgesetzte Körperschaftsteuer	
	1974	1977	1974	1977	1974	1977	1974	1977
	Anzahl		1 000 DM					
Kapitalgesellschaften	2 466	3 834	1 256 266	1 426 639	1 234 567	1 400 203	470 489	611 605
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., bergrechtliche Gewerkschaften	53	52	907 641	755 161	902 071	746 527	337 625	312 366
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2 413	3 782	348 625	671 478	332 496	653 676	132 864	299 239
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	681	617	84 713	103 775	83 767	102 983	29 650	46 430
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	182	176	170 725	272 299	166 355	267 080	66 501	106 423
Öffentliche Versorgungs- und Verkehrsbetriebe	93	130	18 360	34 826	17 906	34 431	8 414	17 165
Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten und Sparkassen	43	44	102 990	236 389	99 117	231 636	33 929	88 752
Sonstige Körperschaftsteuerpflichtige	292	608	22 241	49 750	21 592	49 186	10 342	23 413
Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt	3 621	5 235	1 533 945	1 852 393	1 506 281	1 819 452	576 982	787 871

Starker Anstieg der Zahl der Körperschaftsteuerpflichtigen

Während bis 1974 die Zahl der Körperschaftsteuerpflichtigen kontinuierlich auf 3 621 angestiegen war, erhöhte sie sich bis 1977 sprunghaft auf 5 235 (+ 45%). Dies ist vor allem auf die Neugründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zurückzuführen, deren Bestand sich auf 3 782 (+ 57%) vergrößerte. Die Beliebtheit dieser Rechtsform dürfte zum großen Teil durch die Begrenzung des Haftungsrisikos bedingt sein. Daneben sind sicher auch steuerrechtliche Gesichtspunkte bei der Entscheidung für diese Rechtsform maßgebend, wie die Möglichkeit einer Pensionsrückstellung für den Gesellschafter-Geschäftsführer und durch eine Betriebsaufspaltung die Realisierung von Steuerersparnissen, die durch den Wegfall der steuerlichen Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne noch günstig beeinflusst wurde.

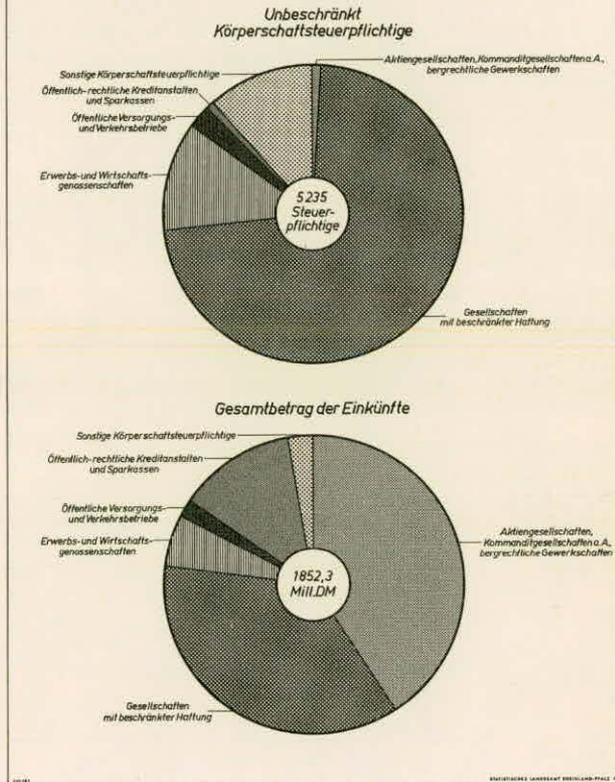
Die in Rheinland-Pfalz ansässigen Körperschaften erwirtschafteten 1977 einen Gewinn von 1 852 Mill. DM (20,8% mehr als 1974), der mit 788 Mill. DM Körperschaftsteuer belastet war. Das Körperschaftsteueraufkommen einschließlich der Einnahmen aus der Zerlegung in Höhe von 1 004 Mill. DM erbrachte 1977 nahezu jede achte Steuermark. Nach der Steuerverteilung verblieben dem Land Einnahmen in Höhe von 502 Mill. DM, die 9,1% der Steuereinnahmen des Landes ausmachten.

Die Einkommen der Körperschaften sind in den letzten Jahren starken Schwankungen unterworfen gewesen. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte der Körperschaftsteuerpflichtigen lag 1977 mit 354 000 DM um 70 000 DM unter dem von 1974. Im vorhergehenden Drei-Jahres-Zeitraum war er dagegen um 112 000 DM gestiegen. Diese Entwicklung wird hauptsächlich durch wenige, sehr große Aktiengesellschaften geprägt und kann daher für die Vielzahl der kleineren Körperschaften nicht als typisch angesehen werden. An den gesamten steuerlich erfaßten Gewinneinkünften (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit und das Einkommen der Körperschaften) hatten die Körperschaften 1977 einen Anteil von 23%, obgleich sie nur etwa 6% der am Wirtschaftsprozeß teilnehmenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen stellten.

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Das zu versteuernde Einkommen der Körperschaftsteuerpflichtigen kann aus dem Bilanzgewinn bzw. -verlust hergeleitet werden. Dazu müssen weitere steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen gerechnet werden. Solche Zuschläge sind zum Beispiel Zuführungen zu Rücklagen (161 Mill. DM), nichtabziehbare Steuern (875 Mill. DM) und verdeckte Gewinnausschüttungen (6 Mill. DM). Andererseits sind bestimmte ausländische Einkünfte (47 Mill. DM), Investitionszulagen (37 Mill. DM), steuerfreie Einnahmen (4 Mill. DM) und andere Beträge (8 Mill. DM) abzuziehen. Dem Bilanzergebnis sind noch die Einkommenstransfers innerhalb eines Organkreises (32 Mill. DM) hinzuzufügen, so daß sich im Jahre 1977 ein Gesamtbetrag der Einkünfte von 1 852 Mill. DM ergab.

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige und deren Gesamtbetrag der Einkünfte nach Rechtsformen 1977



Die Korrekturbeträge waren 1977 insgesamt wesentlich größer als drei Jahre zuvor, was in erster Linie auf die erhöhten Körperschaftsteuerzahlungen zurückzuführen ist. Das Einkommen der Körperschaften ergibt sich, indem vom Gesamtbetrag der Einkünfte die Spenden (11 Mill. DM) und Verluste (22 Mill. DM) abgesetzt werden. Nach der Berücksichtigung der Freibeträge für kleinere Körperschaften und für Land- und Forstwirtschaft betreibende Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (2 Mill. DM) sowie der im Gewinn enthaltenen inländischen Kapitalerträge (492 000 DM), die dem Steuerabzug mit 30% unterlegen haben, ergibt sich ein zu versteuerndes Einkommen von 1 817 Mill. DM.

Im Jahre 1977 unterlagen 74% des zu versteuernden Einkommens dem Spitzensteuersatz, während es 1974 erst 46% gewesen waren. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich ab 1977 durch die Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei einer Gewinnausschüttung eine Minderung der Körperschaftsteuer ergibt. Vor 1977 hatte der ausgeschüttete Gewinn einer Doppelbelastung sowohl durch Körperschafts- als auch Einkommensteuer unterlegen. Darüber hinaus ist die grundlegend veränderte Tarifstruktur zu beachten.

Im Jahre 1977 schütteten 1 786 Steuerpflichtige Teile ihres Gewinns an die Anteilseigner aus, wodurch sich bei ihnen eine Minderung der Körperschaftsteuer von durchschnittlich 88 000 DM ergab. In 441 Fällen erhöhte sich dagegen durch die Gewinnverteilung die Körperschaftsteuer, weil die Tarifbelastung der ver-

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte und Rechtsformen 1977

(ohne Körperschaftsteuerpflichtige mit Verlust und ohne Organgesellschaften)

Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommen	Festgesetzte Körperschaftsteuer	
	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	% des Gesamtbetrages der Einkünfte	
Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt							
unter 12 000 DM	2 731	52,2	10 564	0,6	9 943	4 227	40,0
12 000 - 25 000 "	612	11,7	10 794	0,6	9 959	4 811	44,6
25 000 - 50 000 "	504	9,6	17 769	1,0	16 543	8 027	45,2
50 000 - 100 000 "	441	8,4	30 897	1,7	29 651	13 625	44,1
100 000 - 200 000 "	317	6,1	44 896	2,4	43 472	19 883	44,3
200 000 - 500 000 "	307	5,9	97 992	5,3	95 778	44 041	44,9
500 000 - 1 Mill. "	130	2,5	89 722	4,8	87 006	40 012	44,6
1 Mill. - 2 Mill. "	70	1,3	98 658	5,3	97 443	46 046	46,7
2 Mill. - 5 Mill. "	65	1,2	200 780	10,8	197 821	89 995	44,8
5 Mill. - 10 Mill. "	31	0,6	215 281	11,6	205 947	92 882	43,1
10 Mill. und mehr "	27	0,5	1 035 040	55,9	1 025 889	424 322	41,0
Insgesamt	5 235	100,0	1 852 393	100,0	1 819 452	787 871	42,5
dar.: Nichtsteuerbelastete	425	8,1	1 274	0,1	999	-	-
Kapitalgesellschaften							
unter 12 000 DM	2 092	54,6	7 822	0,6	7 338	3 797	48,5
12 000 - 25 000 "	477	12,4	8 336	0,6	7 627	3 723	44,7
25 000 - 50 000 "	387	10,1	13 523	1,0	12 357	6 059	44,8
50 000 - 100 000 "	275	7,2	19 237	1,4	18 096	8 348	43,4
100 000 - 200 000 "	201	5,2	28 254	2,0	27 158	12 398	43,9
200 000 - 500 000 "	191	5,0	59 623	4,1	57 614	26 608	44,6
500 000 - 1 Mill. "	79	2,1	54 074	3,8	51 655	23 645	43,7
1 Mill. - 2 Mill. "	51	1,3	70 269	4,9	69 577	33 022	47,0
2 Mill. - 5 Mill. "	42	1,1	132 399	9,2	130 721	59 731	45,1
5 Mill. - 10 Mill. "	15	0,4	104 421	7,3	97 985	44 972	43,1
10 Mill. und mehr "	24	0,6	928 681	65,1	920 075	389 302	41,9
Insgesamt	3 834	100,0	1 426 639	100,0	1 400 203	611 605	42,9
dar.: Nichtsteuerbelastete	31	0,8	64	0,0	22	-	-
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a.A., bergrechtliche Gewerkschaften							
unter 12 000 DM	3	5,8	11	0,0	11	6	54,5
12 000 - 25 000 "	-	-	-	-	-	-	-
25 000 - 50 000 "	-	-	-	-	-	-	-
50 000 - 100 000 "	} 5	9,6	581	0,1	405	245	42,2
100 000 - 200 000 "							
200 000 - 500 000 "	7	13,5	2 514	0,3	2 487	1 272	50,6
500 000 - 1 Mill. "	5	9,6	3 417	0,5	3 413	1 537	45,0
1 Mill. - 2 Mill. "	10	19,2	13 116	1,7	12 796	6 312	48,1
2 Mill. - 5 Mill. "	7	13,4	21 194	2,8	20 930	10 614	50,1
5 Mill. - 10 Mill. "	3	5,8	17 920	2,4	17 894	8 562	47,8
10 Mill. und mehr "	12	23,1	696 408	92,2	688 591	283 818	40,8
Insgesamt	52	100,0	755 161	100,0	746 527	312 366	41,4
dar.: Nichtsteuerbelastete	-	-	-	-	-	-	-
Gesellschaften mit beschränkter Haftung							
unter 12 000 DM	2 089	55,2	7 811	1,2	7 327	3 791	48,5
12 000 - 25 000 "	477	12,6	8 336	1,2	7 627	3 723	44,7
25 000 - 50 000 "	387	10,2	13 523	2,0	12 357	6 059	44,8
50 000 - 100 000 "	} 471	12,5	46 910	7,0	44 849	20 501	43,7
100 000 - 200 000 "							
200 000 - 500 000 "	184	4,9	57 109	8,5	55 127	25 336	44,4
500 000 - 1 Mill. "	74	2,0	50 657	7,5	48 242	22 108	43,6
1 Mill. - 2 Mill. "	41	1,1	57 153	8,5	56 781	26 710	46,7
2 Mill. - 5 Mill. "	35	0,9	111 205	16,6	109 791	49 117	44,2
5 Mill. - 10 Mill. "	12	0,3	86 501	12,9	80 091	36 410	42,1
10 Mill. und mehr "	12	0,3	232 273	34,6	231 484	105 484	45,4
Insgesamt	3 782	100,0	671 478	100,0	653 676	299 239	44,6
dar.: Nichtsteuerbelastete	31	0,8	64	0,0	22	-	-

noch: Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte und Rechtsformen 1977

(ohne Körperschaftsteuerpflichtige mit Verlust und ohne Organgesellschaften)

Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Einkommen	Festgesetzte Körperschaftsteuer	
	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	% des Gesamtbetrages der Einkünfte	
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften							
unter 12 000 DM	83	13,5	491	0,5	463	233	47,5
12 000 - 25 000 "	82	13,3	1 528	1,5	1 501	716	46,9
25 000 - 50 000 "	91	14,7	3 317	3,2	3 297	1 526	46,0
50 000 - 100 000 "	133	21,6	9 240	8,9	9 153	4 081	44,2
100 000 - 200 000 "	90	14,6	13 144	12,7	12 826	5 746	43,7
200 000 - 500 000 "	93	15,1	30 936	29,8	30 788	13 782	44,6
500 000 - 1 Mill. "	36	5,8	24 664	23,8	24 577	11 212	45,5
1 Mill. - 2 Mill. "	5	0,8	5 963	5,7	5 934	2 763	46,3
2 Mill. - 5 Mill. "	} 4	0,6	14 492	13,9	14 444	6 371	44,0
5 Mill. - 10 Mill. "							
10 Mill. und mehr "	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	617	100,0	103 775	100,0	102 983	46 430	44,7
dar.: Nichtsteuerbelastete	5	0,8	111	0,1	4	-	-
Übrige Körperschaftsteuerpflichtige							
unter 12 000 DM	556	70,9	2 251	0,7	2 142	197	8,8
12 000 - 25 000 "	53	6,8	930	0,3	831	372	40,0
25 000 - 50 000 "	26	3,3	929	0,3	889	442	47,6
50 000 - 100 000 "	33	4,2	2 420	0,7	2 402	1 196	49,4
100 000 - 200 000 "	26	3,3	3 498	1,1	3 488	1 739	49,7
200 000 - 500 000 "	23	2,9	7 433	2,3	7 376	3 651	49,1
500 000 - 1 Mill. "	15	1,9	10 984	3,4	10 774	5 155	46,9
1 Mill. - 2 Mill. "	14	1,8	22 426	7,0	21 932	10 261	45,8
2 Mill. - 5 Mill. "	} 35	4,5	164 749	51,2	160 618	71 803	43,6
5 Mill. - 10 Mill. "							
10 Mill. und mehr "	3	0,4	106 359	33,0	105 814	35 020	32,9
Insgesamt	784	100,0	321 979	100,0	316 266	129 836	40,3
dar.: Nichtsteuerbelastete	389	49,6	1 099	0,3	973	-	-

wendbaren Eigenkapitalanteile unter 36% gelegen hatte. Im Schnitt betrug die Mehrbelastung allerdings nicht einmal 5 800 DM.

Steuerbelastung gestiegen

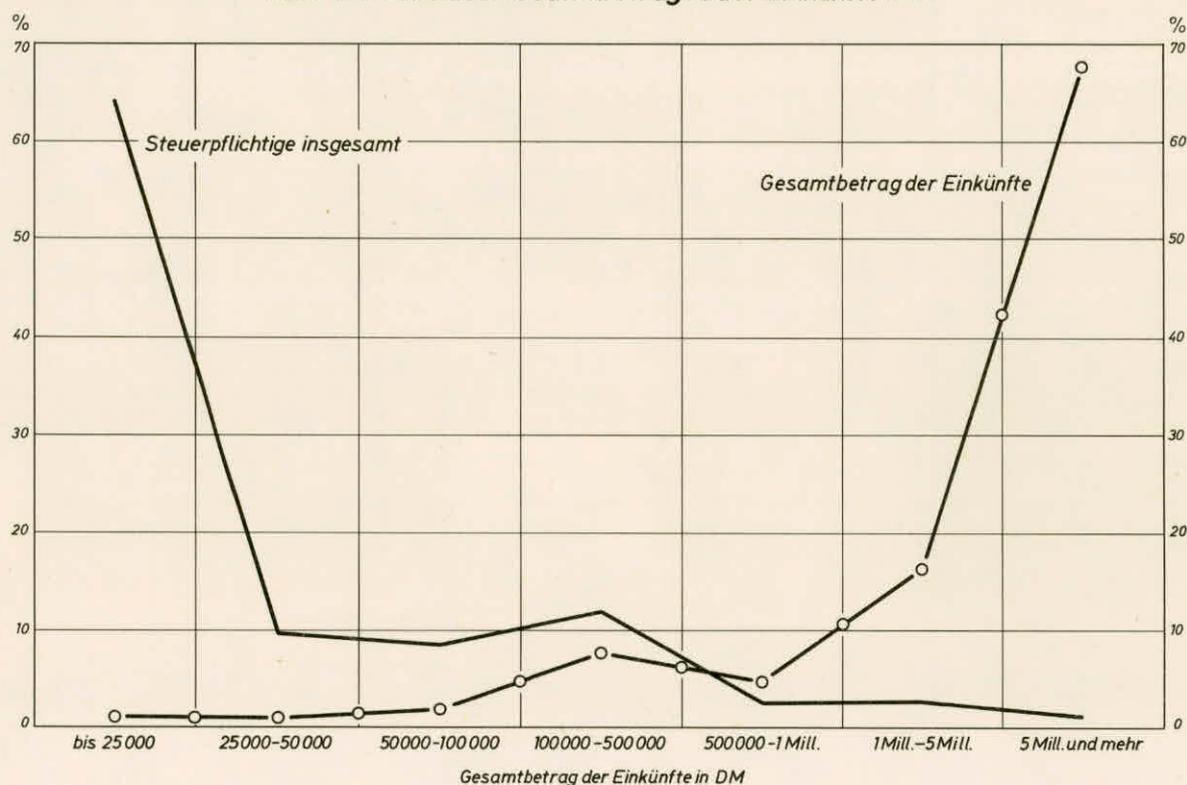
Die Gesamtzahl der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen zeigt seit Jahren eine nahezu konstante Größenklassenstruktur. Während mehr als 50% der Steuerpflichtigen bis zu 12 000 DM Gewinn erzielten, stellten sie weniger als 1% des Gesamtbetrages der Einkünfte. Gegenüber dem bis 1976 geltenden Körperschaftsteuergesetz, das unter bestimmten Voraussetzungen durch die Anwendung des Stufensatztarifs kleinere Körperschaften begünstigte, gilt seither ein Freibetrag von 5 000 DM, um Härten bei der Anwendung des hohen Körperschaftsteuersatzes von 56% bei geringerem Einkommen zu vermeiden und um die Finanzverwaltung zu entlasten. Es zeigt sich deutlich, daß durch die Einführung des Freibetrages die Steuerbelastung für die kleineren Körperschaften mit 40% auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten werden konnte. Die Steuerbelastung stieg hier nur um 0,8 Prozentpunkte, während sie sich im Durchschnitt um 4,9 Prozentpunkte auf 42,5% erhöhte, wofür die Anhebung des Steuersatzes von 51 auf 56% und der Übergang vom gespaltenen Tarif

auf das Anrechnungsverfahren im Zuge der Reform des Körperschaftsteuerrechts ausschlaggebend gewesen sein dürften. Berücksichtigt man die bis 1976 erhobene Ergänzungsabgabe, so ergibt sich für die kleineren Körperschaften sogar eine Entlastung um 0,3 Prozentpunkte. Insgesamt nimmt die Belastung lediglich um 3,8 Prozentpunkte zu.

72% der Körperschaften sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Die Kapitalgesellschaften stellen seit jeher die größte Zahl der Steuerpflichtigen. Insbesondere sind hier die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu erwähnen, die mit 72% dominierten. Sie waren hauptsächlich im Dienstleistungsbereich (39%), Handel (26%) und verarbeitenden Gewerbe (22%) vertreten. Die Konzentration auf die unterste Größenklasse bis 12 000 DM Gesamtbetrag der Einkünfte, auf die mehr als 55% der Steuerpflichtigen entfielen, reduzierte den Durchschnittsgewinn dieser Unternehmensform auf 178 000 DM, auf den 79 000 DM Körperschaftsteuer festgesetzt wurden. Gegenüber 1974 konnte jede GmbH ihren Gewinn um 23% steigern, mußte gleichzeitig aber 40% mehr an Körperschaftsteuer zahlen. Dies ist in erster Linie auf die Erhöhung der

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige und deren Gesamtbetrag der Einkünfte nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte 1977



133/81

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Steuersätze sowohl für thesaurierte als auch für ausgeschüttete Gewinne zurückzuführen.

Stark abweichend davon war die Struktur bei den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und den bergrechtlichen Gewerkschaften. Jedes zweite Unternehmen war im verarbeitenden Gewerbe tätig; davon betrieben 10 (39%) ein Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Während die Größenklassen unter 1 Mill. DM nur relativ schwach besetzt waren, wurden in den darüberliegenden mehr als 60% der Steuerpflichtigen mit 99% des Gesamtbetrages der Einkünfte ausgewiesen. Im Schnitt erwirtschafteten sie einen Gewinn in Höhe von 14,5 Mill. DM, der zwar deutlich über dem der GmbH lag, der aber infolge der verschlechterten Ertragslage um 15,2% unter dem Niveau des Veranlagungsjahres 1974 blieb. Die Gewinneinschränkung war so ausgeprägt, daß sich trotz der Tarifierhebung die festgesetzte Körperschaftsteuer je Fall um 8,4% reduzierte.

Die übrigen juristischen Personen, wie Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Körperschaften, stellten 27% der Gesamtzahl. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1974 um 246

auf 1 401 erhöht, was auf die Verdoppelung der Zahl der sonstigen Körperschaftsteuerpflichtigen (juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts) zurückzuführen ist. Die bei weitem beste Geschäftsentwicklung konnten die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und Sparkassen verzeichnen. Deren Durchschnittsgewinn stieg von 1974 bis 1977 um 3 Mill. DM oder 124% auf 5,4 Mill. DM. Auch die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie die öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe konnten im gleichen Zeitraum eine überdurchschnittliche Gewinnsteigerung von 35% verzeichnen, wenn auch deren Durchschnittseinkünfte von 168 000 bzw. 268 000 DM erheblich unter denen der Kreditinstitute und Sparkassen blieben. Der relativ geringe Durchschnittsgewinn der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß genossenschaftliche Rückvergütungen, die erwirtschaftete Gewinnbestandteile darstellen, als Betriebsausgaben insoweit abziehbar sind, als die dafür verwendeten Beträge im Mitgliedergeschäft erwirtschaftet worden sind.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 642	3 642	3 642	3 642	3 641
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	1 801	995 ^P	1 229 ^P	1 242 ^P	1 757 ^P	925 ^P	1 182 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	5,8	3,2 ^P	4,4 ^P	4,1 ^P	5,7 ^P	3,0 ^P	4,2 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 073	2 792 ^P	2 911 ^P	2 944 ^P	3 273 ^P	2 756 ^P	2 808 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	9,9	9,0 ^P	10,4 ^P	9,8 ^P	10,6 ^P	8,9 ^P	10,1 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 686	3 454 ^P	3 543 ^P	3 879 ^P	4 182 ^P	3 586 ^P	3 493 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	11,9	11,2 ^P	12,7 ^P	13,0 ^P	13,5 ^P	11,6 ^P	12,5 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	38	33 ^P	28 ^P	29 ^P	46 ^P	31 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	12,2	11,1 ^P	10,3 ^P	9,7 ^P	14,2 ^P	10,4 ^P	...
* Überschluß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 692	- 527	- 613	- 662 ^P	- 632 ^P	- 935 ^P	- 909 ^P	- 830 ^P	- 685 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,3	- 1,7	- 2,0	- 2,1 ^P	- 2,3 ^P	- 3,1 ^P	- 2,9 ^P	- 2,7 ^P	- 2,5 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	6 453	6 973	6 214	7 798	6 873
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	1 358	1 888	1 614	1 905	1 502
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	3 582	3 964	3 401	4 194	3 827
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	6 708	6 668	5 711	8 086	6 601
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	1 627	1 419	1 405	1 603	1 585
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	3 896	3 980	3 532	4 449	3 846
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	- 255	305	503	- 288	272
Ausländer	Anzahl	754	1 017	- 269	469	209	302	- 83
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	- 314	- 16	- 131	- 255	- 19
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	9 991	10 511	8 767	11 842	10 055
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	69 441	80 554	77 786	81 966	97 650	114 113	110 484
Männer	Anzahl	23 121	24 008	38 199	46 850	44 533	41 601	55 125	69 293	66 073
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	4 203	5 333	3 144	1 350	4 813	.	.
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	4 598	6 552	6 346	5 583	7 751	.	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	25 798	29 748	29 950	30 899	36 952	.	.
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	5,2	6,1	5,8	6,2	7,3	8,4	8,1
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	11 317	11 786	11 984	7 206	6 666	6 820	7 254
Männer	Anzahl	10 052	10 047	7 030	7 297	7 436	4 540	4 062	4 244	4 447
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	344	348	406	397	349	.	.
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	432	529	605	326	233	.	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	4 081	4 329	4 249	2 261	2 031	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	16 403	16 663	22 102	24 696	26 306	31 047	32 773
Männer	Anzahl	3 095	6 245	12 384	11 890	16 017	18 673	19 913	24 509	26 450
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673	673	.	.	.	655	.	.
* Milchkühe	1 000	236	235	235	.	.	.	228	.	.
* Schweine	1 000	687	695	695	.	.	.	646	.	.
Mastschweine	1 000	238	243	243	.	.	.	223	.	.
Zuchtsauen	1 000	79	78	78	.	.	.	75	.	.
Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	49	.	.	.	48	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	18 784	17 878	15 715	18 284	18 098	16 132	14 145
* Kälber	Anzahl	393	369	427	280	291	307	427	238	250
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	124 665	115 599	109 044	121 858	112 678	108 261	99 460
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	21 464	18 749	13 822	18 777	18 500	15 628	12 780
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 593	14 061	15 612	14 707	13 443	14 991	14 174	13 536	12 202
* Kälber	t	4 633	4 806	5 436	5 195	4 611	5 097	5 158	4 670	4 115
* Schweine	t	8 836	9 134	9 998	9 398	8 734	9 761	8 868	8 758	7 987
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	36	22	46	47	46	38	61
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	69	72	69	66	69	71	68
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	94,2	94,5	93,9	93,5	94,5	94,9	94,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	11,1	9,5	9,9	10,4	9,4	9,5	10,0	10,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 899	2 929	2 903	2 890	2 890	2 876	...
* Beschäftigte	1 000	392	392	395	393	391	388	388	384	...
* Arbeiter 2)	1 000	278	282	279	277	276	275	272	269	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	36 863	39 001	38 859	40 716	36 289	36 980	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	1 369	1 018	972	1 344	1 436	1 038	...
* Löhne	Mill. DM	618	664	795	620	581	800	830	613	...
* Gehälter	Mill. DM	388	418	574	398	391	544	606	425	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	76	82	94	100	90	96	101	97	...
* Gasverbrauch	Mill. cbm	143	148	156	180	177	172	185	169	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	182	176	175	150	160	171	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	28	30	29	22	26	28	...
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	154	146	146	128	131	143	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	948	971	961	996	947	970	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	261	249	253	236	249	261	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	6 322	5 374	5 925	6 461	6 708	5 518	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 599	1 817	2 235	1 705	2 021	2 332	2 682	1 905	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	128	119	136	144	126	118	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	136	130	146	146	135	129	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	131	125	142	142	130	124	133 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	112	118	138	132	113	110	125 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	72	51	69	106	60	31	44 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	112	124	147	122	109	113	131 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	164	128	149	168	173	139	146 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	208	110	158	184	230	131	152 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	115	117	129	130	107	121	121 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	50	64	71	62	47	67	69 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	170	161	167	157	154	156	156 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	83	60	74	130	76	53	...
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	103	.	.	.	102	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	121	133	155	.	.	.	152	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	377	406	386	375	319	270	...
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 060	2 123	2 386	2 499	2 298	2 328	2 507	2 648	...
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	799	870	1 001	1 056	963	952	953	1 005	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 740	1 827	1 700	1 728	1 851	1 894	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,4	0,4	0,2	0,2	0,4	...
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	405	444	400	353	433	429	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	375	412	371	326	399	392	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	74 988	73 227	72 103	74 376	72 742	69 681	67 735
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	39 756	38 738	38 347	39 306	38 104	36 096	35 738
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	17 046	16 549	15 917	16 979	16 767	15 897	14 352
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	6 296	4 905	5 707	9 814	6 093	4 052	5 380
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	4 301	3 632	3 861	6 150	4 139	3 047	3 492
Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	2 727	2 217	2 312	3 997	2 644	1 897	2 102
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	33	26	28	86	36	20	39
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	1 541	1 389	1 521	2 067	1 459	1 130	1 351
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	1 995	1 273	1 846	3 664	1 954	1 005	1 888
Hochbau	1 000	766	707	450	369	489	865	496	323	545
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	1 545	904	1 357	2 799	1 458	682	1 343
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	830	457	678	1 538	812	366	674
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	155	106	112	232	162	93	118
* Löhne	Mill. DM	143	154	128	83	90	198	133	67	94
* Gehälter	Mill. DM	23	24	27	23	22	34	29	26	24
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	787	289	264	641	632	290	243

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	751	963	941	938	566	606	763
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	488	631	639	605	366	374	514
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	219	236	251	244	143	171	186
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	44	96	51	89	57	61	63
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	804	1 163	941	1 048	640	689	805
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	130	194	152	168	103	117	132
* Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	5 918	9 184	7 142	7 986	4 886	5 635	6 202
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	221	325	258	304	187	198	236
Bauherrn										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	2	-	1	3	7	2	9
Unternehmen	Anzahl	198	200	80	197	143	148	100	111	76
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	669	766	797	787	459	493	678
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	168	169	145	196	141	119	136
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	569	665	342	879	725	411	721
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	99	116	65	132	143	68	132
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	96	114	65	140	160	80	254
Bauherrn										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	34	22	24	25	19	24	14
Unternehmen	Anzahl	136	157	119	139	116	169	119	95	121
Private Haushalte	Anzahl	51	31	15	8	5	2	3	-	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	1 414	2 288	1 610	1 972	1 176	1 836	1 540
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	2 023	1 912	1 988	2 228	2 331	2 028	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	107	83	120	132	123	113	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 916	1 830	1 868	2 096	2 208	1 915	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	15	16	16	20	17	14	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	116	111	142	142	123	122	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 785	1 703	1 710	1 934	2 067	1 779	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	524	531	574	605	571	548	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	1 261	1 172	1 136	1 328	1 497	1 231	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	800	810	971	958	894	842	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	129	136	140	135	168	150	146	141	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	25	25	34	37	26	27	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	251	247	270	283	264	273	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	18	18	17	21	26	13	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	105	95	137	146	145	113	...
Irland	Mill. DM	8	7	5	4	6	9	8	7	...
Italien	Mill. DM	125	154	142	162	194	172	144	154	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	114	123	143	140	136	113	...
Österreich	Mill. DM	71	86	83	78	87	98	81	78	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	93	83	100	95	78	86	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	89	65	87	102	122	88	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	561	542	417	648	736	597	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	141	101	92	68	91	79	...
Einfuhr (Generalhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 427	1 480	1 571	1 563	1 443	1 395	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	184	180	209	201	207	187	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 243	1 300	1 362	1 361	1 236	1 208	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	605	712	743	704	717	828	715	677	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	154	179	173	166	166	185	171	162	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	11	11	13	13	11	10	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	209	190	204	221	203	190	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	5	4	6	7	6	3	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	72	48	40	58	42	36	...
Irland	Mill. DM	3	6	5	7	5	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	101	108	102	112	116	137	126	112	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	166	164	166	205	153	160	...
Österreich	Mill. DM	34	48	46	39	47	39	37	32	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	19	18	22	31	25	21	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	94	107	104	119	116	102	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	370	430	536	238	311	336	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	61	65	29	153	140	113	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	107
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	288
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	350
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	264
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	288
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	348
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	440
Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen	1970 = 100	209	198	183
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	179
Waren verschiedener Art	1970 = 100	140	148	176
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	140	148	176
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	113	115	166
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	143	138	209
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	141	139	296
Fahrzeuge, Maschinen, Büroeinrichtungen	1970 = 100	142	127	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	87
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	119
* Umsatz	1970 = 100	148	153	138
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	135
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	141
Fremdenverkehr ¹⁾										
* Fremdenmeldungen	1 000	407	420	190	176	192	251	199	176	...
* Ausländer	1 000	69	76	22	19	24	23	24	22	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 529	1 566	764	628	657	806	744	669	...
* Ausländer	1 000	210	242	82	48	57	60	74	55	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 656	1 613	1 386	1 199	1 279	1 595	1 296	1 094	...
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 214	1 011	1 247	1 288	985	622	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	8 712	11 671	13 942	10 636	9 048	9 970	12 819
Krafträder und Motorroller	Anzahl	642	740	119	422	913	499	409	426	1 309
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 575	11 516	7 753	10 440	12 018	9 360	7 958	8 965	10 816
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	536	518	552	437	341	333	367
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	220	230	376	248	266	173	257
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 898	1 931	1 541	1 329	1 291	1 800	1 383	1 112	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 253	7 306	8 477	8 506	6 434	7 645	10 086	9 345	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 650	2 676	2 125	1 854	1 755	2 426	1 910	1 558	...
* Getötete	Anzahl	67	70	46	45	57	68	38	33	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	34	20	29	40	34	24	17	...
Fußgänger	Anzahl	14	15	15	10	10	21	9	10	...
* Verletzte	Anzahl	2 583	2 606	2 079	1 809	1 698	2 358	1 872	1 525	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 481	1 477	1 449	1 284	1 131	1 439	1 291	1 090	...
Fußgänger	Anzahl	268	259	268	242	237	270	253	181	...
Schwerverletzte	Anzahl	830	835	613	562	540	716	524	431	...
Pkw - Insassen	Anzahl	427	417	382	367	327	400	309	283	...
Fußgänger	Anzahl	118	118	128	111	111	126	119	82	...

1) In Betrieben mit 9 und mehr Betten in allen Gemeinden.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979		1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar		
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	52 902	58 422	58 422	58 548	59 221	63 066	63 997	64 105	64 180	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	51 951	57 122	57 122	57 251	57 934	61 632	62 594	62 645	62 727	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	42 125	46 964	46 964	47 011	47 495	50 279	51 189	51 013	51 199	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 726	10 157	10 157	10 240	10 439	11 353	11 405	11 632	11 529	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 102	12 527	12 527	12 398	12 630	13 577	14 184	14 135	14 193	
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 786	12 163	12 163	12 009	12 271	12 893	13 334	13 255	13 358	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	316	364	364	389	359	684	850	880	834	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 365	6 955	6 955	6 938	7 057	7 948	8 123	8 127	8 097	
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 321	5 918	5 918	5 902	5 945	6 276	6 481	6 380	6 386	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 044	1 037	1 037	1 036	1 112	1 671	1 642	1 747	1 712	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	34 384	37 640	37 640	37 914	38 247	40 108	40 286	40 383	40 438	
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	26 018	28 883	28 883	29 100	29 279	31 110	31 374	31 378	31 455	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 366	8 756	8 756	8 814	8 968	8 998	8 912	9 006	8 983	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	45 323	48 947	48 947	49 162	49 562	51 203	52 450	52 366	52 818	
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 183	7 299	7 299	7 416	7 199	7 859	7 200	6 935	7 142	
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 680	6 793	6 793	6 937	6 689	7 254	6 755	6 448	6 476	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	503	506	506	480	509	605	445	486	666	
* Termingelder	Mill. DM	11 866	15 091	15 091	15 489	16 022	18 586	18 840	19 008	19 100	
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	10 705	13 717	13 717	14 183	14 537	17 177	17 382	17 621	17 709	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 160	1 374	1 374	1 306	1 484	1 409	1 458	1 386	1 392	
* Spareinlagen	Mill. DM	26 275	26 556	26 556	26 257	26 153	24 758	26 410	26 424	26 575	
bei Sparkassen	Mill. DM	15 201	15 290	15 290	15 105	15 023	14 298	15 269	15 397	15 533	
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 202	1 286	2 817	1 682	1 214	1 335	3 097	2 069	1 448	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 147	1 266	1 504	1 999	1 344	1 124	1 452	2 060	1 296	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse ³⁾	Anzahl	35	37	33	39	44	61	54	57	60	
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	10 005	13 883	10 811	23 602	30 280	18 309	20 993	26 123	49 829	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	1	-	-	-	-	-	-	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	834	919	988	942	816	1 056	1 013	964	869	
* Wechselsumme	1 000 DM	5 184	6 823	9 192	8 752	5 993	6 582	6 481	6 082	5 527	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 021 729	1 119 293	1 789 844	898 611	1 163 696	1 229 194	1 729 262	952 084	1 182 224	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	701 283	773 282	1 404 151	469 446	759 225	807 749	1 390 168	503 173	833 350	
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	416 416	515 079	732 745	419 093	714 625	726 343	771 291	455 462	756 582	
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	67 459	108 527	-	-	350 662	329 917	-	-	363 206	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	161 587	154 712	462 806	23 727	- 2 626	- 1 547	428 063	23 187	- 1 742	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	13 410	16 351	12 839	21 062	5 252	4 521	17 739	20 041	5 799	
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	109 870	87 141	195 761	5 564	41 974	78 432	173 075	4 483	72 711	
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	25 899	13 731	-	-	33 478	54 084	-	-	53 457	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	320 446	346 011	385 693	429 165	404 471	421 445	339 094	448 911	348 874	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	221 286	228 992	272 130	315 643	286 615	252 199	195 255	330 627	227 568	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	99 160	117 019	113 563	113 522	117 856	169 246	143 839	118 284	121 306	
* Bundessteuern	1 000 DM	137 390	154 241	214 379	90 539	173 108	155 075	294 458	73 755	195 770	
* Zölle	1 000 DM	8 624	9 232	9 085	8 749	9 302	14 248	11 157	9 662	9 236	
* Verbrauchsteuer (ohne Biersteuer)	1 000 DM	126 386	133 812	202 554	79 136	161 172	137 306	281 004	62 363	182 415	
* Landessteuern	1 000 DM	72 986	67 563	58 086	48 165	80 047	89 653	68 875	45 588	86 980	
* Vermögensteuer	1 000 DM	15 501	14 826	6 203	1 076	36 793	40 476	10 810	1 463	45 162	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	40 047	34 028	31 211	29 181	22 049	31 075	31 836	29 317	24 903	
* Biersteuer	1 000 DM	6 242	6 387	6 239	7 048	5 352	6 144	6 151	6 912	1 951	
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	468 559	491 895	443 619	.	.	.	443 699	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 016	8 046	6 966	.	.	.	6 668	.	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	69 308	71 639	60 842	.	.	.	64 816	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	333 622	367 982	336 995	.	.	.	332 117	.	.	
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	21 658	5 573	181	.	.	.	226	.	.	
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	25 393	27 940	30 599	.	.	.	32 354	.	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite, - 2) Einschluß Zinsgutschriften, - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse, - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung, - 5) Vierteljahresdurchschnitt bzw. Vierteljahreszahlen, - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	683 252	728 650	1 126 913	532 739	824 302	790 623	1 207 524	529 117	811 818
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	309 411	335 700	612 174	201 389	325 075	349 398	605 069	215 487	359 948
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	216 307	233 563	260 350	242 030	325 068	284 888	266 979	243 508	254 046
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	40 010	- 1 219	1 051	1 262	41 018	- 3 633	2 054
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	536 057	565 662	893 149	428 403	567 601	614 071	892 416	458 823	595 935
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	308 085	334 313	611 443	200 402	323 900	348 108	604 158	214 103	357 917
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	134 843	149 640	183 610	181 055	162 603	175 048	178 365	202 765	148 984
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	40 010	- 1 219	1 051	1 262	41 018	- 3 633	2 054
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	593 880	705 455	717 906	.	.	.	719 192	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	216 181	281 635	257 699	.	.	.	253 075	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	242 761	299 907	353 583	.	.	.	354 533	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	110,9	117,0	119,3	120,3	121,2	126,4	126,8	127,9	128,2
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,8	115,3	116,2	119,8	120,3	121,7	122,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	121,1	134,1	.	.	138,4	143,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	516	545	.	548	.	.	.	581	.
* Männliche Arbeiter	DM	554	582	.	584	.	.	.	619	.
* Facharbeiter	DM	586	617	.	621	.	.	.	656	.
* Angelernte Arbeiter	DM	530	555	.	556	.	.	.	584	.
* Hilfsarbeiter	DM	453	475	.	470	.	.	.	496	.
* Weibliche Arbeiter	DM	366	388	.	399	.	.	.	421	.
* Hilfsarbeiter	DM	354	373	.	385	.	.	.	403	.
Bruttostundenverdienste	DM	12,28	13,08	.	13,38	.	.	.	14,26	.
* Männliche Arbeiter	DM	12,99	13,80	.	14,14	.	.	.	15,05	.
* Facharbeiter	DM	13,70	14,54	.	14,92	.	.	.	15,87	.
* Angelernte Arbeiter	DM	12,46	13,22	.	13,53	.	.	.	14,27	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,70	11,37	.	11,58	.	.	.	12,29	.
* Weibliche Arbeiter	DM	9,20	9,84	.	10,14	.	.	.	10,77	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,88	9,50	.	9,77	.	.	.	10,32	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,9	41,7	.	40,9	.	.	.	40,7	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,5	42,2	.	41,3	.	.	.	41,1	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,7	39,5	.	39,3	.	.	.	39,1	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 615	2 819	.	2 910	.	.	.	3 059	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 345	2 521	.	2 596	.	.	.	2 726	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 861	3 085	.	3 170	.	.	.	3 313	.
* männlich	DM	1 856	1 987	.	2 052	.	.	.	2 172	.
* weiblich	DM	3 259	3 515	.	3 610	.	.	.	3 791	.
* Technische Angestellte	DM	3 337	3 598	.	3 691	.	.	.	3 879	.
* männlich	DM	2 246	2 409	.	2 503	.	.	.	2 629	.
* weiblich	DM	3 028	3 268	.	3 365	.	.	.	3 524	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 735	2 951	.	3 047	.	.	.	3 191	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 221	3 490	.	3 606	.	.	.	3 785	.
* männlich	DM	2 165	2 313	.	2 374	.	.	.	2 485	.
* weiblich	DM	3 313	3 572	.	3 661	.	.	.	3 833	.
* Technische Angestellte	DM	3 381	3 646	.	3 737	.	.	.	3 912	.
* männlich	DM	2 351	2 510	.	2 577	.	.	.	2 729	.
* weiblich	DM	2 114	2 264	.	2 318	.	.	.	2 439	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 099	2 249	.	2 301	.	.	.	2 417	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 593	2 778	.	2 822	.	.	.	2 932	.
* männlich	DM	1 693	1 816	.	1 880	.	.	.	1 999	.
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981				1982	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 359	61 566	61 667	61 658	61 659
Eheschließungen 1)	Anzahl	28 735	30 201	21 869	28 876	15 507 ^P	32 753 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 499	51 721	48 656	51 410	48 071 ^P	50 926 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 311	59 510	60 153	62 779	60 299 ^P	60 040 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 10 812	- 7 788	- 11 497	- 11 369	- 12 228 ^P	- 9 114 ^P
Arbeitslose	1 000	876	889	968	1 118	1 309	1 366	1 490	1 704	1 950
Männer	1 000	417	426	457	583	729	679	773	955	1 153
Offene Stellen	1 000	304	308	246	226	228	155	132	118	122
Männer	1 000	198	198	155	139	139	95	79	70	71
Kurzarbeiter	1 000	88	137	264	357	402	367	436	506	539
Männer	1 000	59	98	186	261	299	246	298	368	408
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 374	22 553	.	22 553
Schlachtmenge 4)	1 000 t	364	373	378	383	377
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt ohne Baugewerbe	1970 = 100	123	123	134	119	109	127	131	117	112
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	125	125	136	125	116	128	134	124	120
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	121	122	132	120	110	125	131	119	115
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	125	122	125	105	108	122	124	104	110
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121	124	137	131	108	128	136	131	118
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	120	120	132	113	110	121	124	107	106
Baugewerbe	1970 = 100	126	130	146	135	127	139	144	132	135
Baugewerbe	1970 = 100	109	107	115	76	59	114	106	64	54
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 608	7 660	7 657	7 604	7 555	7 473	7 442	7 381	7 317
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	771	762	762	694	721	782	750	680	683
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	92 121	99 639	100 108	101 948	93 574	114 756	110 675	110 897	95 462
Auslandsumsatz	Mill. DM	22 131	24 198	24 282	26 537	22 266	30 191	29 790	31 183	25 004
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 878	24 862	27 380	28 789	29 690	26 583	27 555	29 520	29 625
Gaserzeugung	Mill. cbm	3 780	3 554	3 670	3 922	3 953	3 628	3 842	4 599	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 240	1 263	1 265	1 242	1 193	1 228	1 206	1 172	1 094
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	145	145	91	74	163	141	82	56
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 673	9 374	11 562	13 903	5 654	11 184	11 204
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	18 220	16 378	12 873	12 517	11 460	12 389	9 506	9 444	8 550
Wohnfläche	1 000 qm	17 124	15 191	11 762	11 250	10 411	10 977	8 301	8 096	7 243
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 095	2 926	2 392	2 415	2 163	2 499	1 970	2 022	1 903
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 282	3 239	2 945	2 615	2 410	3 202	2 551	2 264	2 017
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 970	31 718	27 042	27 471	24 566	29 810	23 857	24 615	24 286
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	26 218	29 200	28 810	30 273	27 952	37 737	36 120	35 949	31 403
EG-Länder	Mill. DM	12 962	14 019	13 912	13 637	13 042	17 485	16 538	15 807	15 058
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 230	2 290	2 205	2 048	2 109	2 689	2 586	2 367	2 393
Dänemark	Mill. DM	570	556	512	518	492	694	685	628	607
Frankreich	Mill. DM	3 333	3 885	3 863	3 997	3 653	4 848	4 557	4 521	4 523
Griechenland	Mill. DM	314	315	299	315	270	444	365	414	323
Großbritannien	Mill. DM	1 753	1 910	1 886	1 733	1 551	2 570	2 522	2 434	2 080
Irland	Mill. DM	109	111	115	114	102	157	162	134	130
Italien	Mill. DM	2 045	2 495	2 450	2 384	2 417	2 914	2 742	2 533	2 511
Niederlande	Mill. DM	2 608	2 773	2 583	2 528	2 447	3 168	2 919	2 776	2 491
Österreich	Mill. DM	1 372	1 605	1 607	1 486	1 319	1 972	1 765	1 612	1 416
Schweiz	Mill. DM	1 367	1 667	1 627	1 774	1 504	1 877	1 823	1 758	1 523
USA und Kanada	Mill. DM	1 935	1 971	1 813	2 192	1 871	3 017	2 751	2 841	2 271
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 757	4 315	4 532	4 938	4 628	7 237	6 759	6 862	5 776
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 570	1 617	1 588	2 071	1 488	1 374	1 666	2 034	1 371

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980			1981				1982
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	24 347	28 438	28 433	29 262	28 191	32 395	32 174	30 808	30 289
EG-Länder	Mill. DM	11 976	13 117	13 331	13 301	13 416	15 655	15 466	15 118	14 076
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 951	2 039	1 838	1 860	1 796	2 334	2 194	2 028	1 813
Dänemark	Mill. DM	386	478	506	527	399	599	587	500	441
Frankreich	Mill. DM	2 766	3 049	3 082	3 067	3 050	3 421	3 412	3 257	3 484
Griechenland	Mill. DM	200	230	211	242	210	285	255	228	187
Großbritannien	Mill. DM	1 435	1 906	2 238	2 006	2 278	2 413	2 474	2 943	2 029
Irland	Mill. DM	98	127	124	141	129	170	139	161	117
Italien	Mill. DM	2 150	2 257	2 074	1 999	1 992	2 453	2 352	2 093	2 112
Niederlande	Mill. DM	2 990	3 261	3 259	3 459	3 562	3 981	4 053	3 908	3 893
Österreich	Mill. DM	701	819	816	787	668	973	934	835	739
Schweiz	Mill. DM	886	1 012	1 011	1 102	877	1 228	1 194	1 086	948
USA und Kanada	Mill. DM	1 948	2 443	2 363	2 462	2 320	2 901	2 518	2 742	2 359
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 531	5 794	5 493	6 138	5 682	5 509	5 729	5 122	6 159
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 337	1 449	1 507	1 632	1 573	1 686	1 966	1 863	1 709
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	191,6	202,3	218,2	266,4 ^P	183,9 ^P	227,4 ^P	224,7 ^P	278,1 ^P	181,3 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	160,4	169,8	152,1	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 305	1 428	1 406	1 428	1 424	1 517	1 533	1 555	1 554 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	999	1 098	1 074	1 098	1 094	1 156	1 159	1 176	1 170 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	306	330	332	330	331	362	374	379	384 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	959	1 011	980	1 011	993	1 009	1 026	1 059	1 045 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	478	486	462	486	484	456	454	483	481 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	21 262	22 814	18 855	39 907	21 077	19 254	18 787	40 257	21 135
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	13 445	14 488	9 595	29 499	11 982	10 196	9 646	29 977	12 120
Lohnsteuer	Mill. DM	8 089	9 297	8 978	15 580	9 956	9 442	9 313	16 122	10 565
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	295	8 993	967	301	95	8 375	580
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 017	7 787	8 869	8 824	9 171	7 916	8 741	8 765	9 061
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 250	4 404	5 281	5 346	5 953	4 122	4 953	4 972	5 613
Bundessteuern	Mill. DM	3 723	3 838	3 951	6 849	1 167	3 958	3 945	7 584	880
Zölle	Mill. DM	343	384	415	449	294	430	413	426	333
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 185	3 243	3 338	6 214	685	3 333	3 324	6 973	346
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	106,0	112,7	114,9	116,4	117,6	124,4	124,5	124,8	125,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	96,9	99,3	101,1	102,8	102,0	108,4	110,3	111,5 ^P	111,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	108,9	117,1	119,5	120,0	121,2	129,0	129,5	129,8	131,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	120,8	133,7	136,4	.	.	.	142,9	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	121,1	134,1	136,9	.	.	.	143,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	120,8	136,2	138,0	.	.	.	138,9	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	118,6	119,3	120,3	125,8	126,4	126,8	127,9
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,1	113,8	115,3	119,0	119,8	120,3	121,7
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	123,2	123,4	124,0	128,6	129,5	129,7	130,0
Wohnungsmiete	1976 = 100	109,8	115,4	117,0	117,3	117,7	122,2	122,6	123,0	123,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	141,1	145,4	148,2	163,8	166,0	166,4	172,2
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	119,1	119,7	121,2	124,8	126,1	126,7	127,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	110,0	116,8	117,9	118,7	119,6	126,3	127,7	127,8	128,1
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	112,6	119,1	121,3	121,6	122,7	127,9	128,3	128,5	129,3
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	106,1	108,9	110,1	110,2	110,6	114,8	115,2	115,4	116,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	114,5	123,2	126,3	127,2	127,6	133,7	133,7	134,6	134,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

Chemische Industrie und Maschinenbau mit 15% Monats-Plus in der Produktion

Die chemische Industrie und der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen von Rheinland-Pfalz steigerten im Februar 1982 gegenüber Januar die Produktion um mehr als 15%.

Auch der Steine und Erden-Bereich konnte die Erzeugung nach dem witterungsbedingten Produktions-tief vom Januar 1982 mit einer Zunahme um 43% wieder deutlich ausweiten. Beachtliche Zuwächse verzeichneten auch die Lederverarbeitung (+ 16%), die Feinkeramik (+ 13%), die Holzbearbeitung (+ 10%) und die Gummiverarbeitung (+ 9%). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Veränderungs-raten allerdings durchweg noch negativ.

Die gesamte Produktion von Industrie und Handwerk lag im Februar 1982 um 7% über dem Januar-ergebnis. fn

Auslandsnachfrage nimmt weiter zu

Die Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie und im Handwerk sind im Februar 1982 unter dem Niveau vom Januar geblieben (- 2,3%). Einem Rückgang der Inlandsbestellungen (- 5,9%) steht allerdings eine Zunahme der Auslandsnachfrage (+ 2,8%) gegenüber.

Besonders günstig entwickelte sich die Auftragslage in der Schuhindustrie (+ 61%) und im Bekleidungs-gewerbe (+ 45%). Gestiegene Bestelleingänge hatten auch die Gießereien (+ 21%), die Gummiverarbeitung (+ 11%), die Ziehereien und Kaltwalzwerke (+ 10%), die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papp-erzeugung (+ 2,3%) und die chemische Industrie (+ 1,7%). Im Investitionsgüter produzierenden Ge-werbe gingen 10% weniger Aufträge ein als im Vor-monat. fn

Hochwasser behinderte Güterumschlag

Im Januar 1982 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen wegen des Hochwassers nur 1,7 Mill. t Güter umgeschlagen. Dies ist die kleinste Menge seit Januar 1964, als die Schifffahrt durch Eisgang blockiert war. An Rhein und Mosel konnten nur 1 704 Schiffe be- oder entladen werden, das sind weniger als im Januar 1981.

In Ludwigshafen und Mainz wurde im Januar 1982 mit 804 000 t fast die Hälfte der gesamten Güter umgeschlagen. pf

Bimsversand in 15 Jahren auf ein Viertel geschrumpft

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1981 insgesamt 1,2 Mill. t Bims per Schiff versandt. Mit einem erneuten Rückgang um 32% gegenüber 1980 hat sich die negative Entwicklung der letzten Jahre verstärkt fort-

gesetzt. Der Bimsversand, der ausschließlich über die Häfen des Neuwieder Beckens erfolgt, war vor 15 Jahren mit rund 4,8 Mill. t noch viermal so hoch ge-wesen.

Wichtigster Hafen ist Andernach, wo mehr als zwei Drittel des Bimses verladen werden, gefolgt von Neu-wied mit 21%.

812 000 t Bims waren für andere Bundesländer be-stimmt, 295 000 t für Belgien und die Niederlande. pf

Weiterhin rückläufiger Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Häfen

Im Jahre 1981 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen 34,6 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 7,5% weniger als im Vorjahr. Der Versand war um 8,4% geringer, der Güterempfang um 6,7%.

Für den Hafen Speyer ergab sich eine fast 50pro-zentige Umschlagsminderung. Dagegen gab es in Wörth (+ 14%), Ingelheim (+ 14%) und Lahnstein (+ 12%) mehr zu tun. Mit Abstand wichtigster Hafen ist nach wie vor Ludwigshafen, wo fast ein Viertel des gesamten Güteraufkommens umgeschlagen wird. pf

Gewinne der Körperschaften 1,85 Mrd. DM

In Rheinland-Pfalz wurden 1977 insgesamt 5 235 Körperschaften mit ihrem Einkommen zur Körper-schaftsteuer veranlagt, von denen 4 956 einen Bilanz-gewinn und 279 einen Bilanzverlust auswiesen. Der Zuwachs in der Zahl der Steuerpflichtigen seit 1974 war mit + 45% besonders ausgeprägt, was in erster Linie auf Neugründungen von Gesellschaften mit be-schränkter Haftung zurückzuführen ist, deren Bestand sich auf 3 782 (+ 57%) vergrößerte. Die Körperschaf-ten erwirtschafteten 1977 einen Gewinn von 1 852 Mill. DM, der mit 788 Mill. DM Körperschaftsteuer belastet war.

Die Körperschaften zeigen seit Jahren eine nahezu konstante Größenklassenstruktur. Mehr als 50% der Steuerpflichtigen erzielten einen Gewinn bis zu 12 000 DM, stellten aber weniger als 1% des Gesamtbetra-ges der Einkünfte. Hieraus erklärt sich auch der rela-tiv niedrige Durchschnittsgewinn von 354 000 DM, der sogar um 70 000 DM unter dem von 1974 lag. Diese Entwicklung wird hauptsächlich durch wenige, sehr große Aktiengesellschaften geprägt und kann deshalb für die Vielzahl der kleineren Körperschaften nicht als typisch gelten.

Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und bergrechtliche Gewerkschaften hatten 1977 mit 14,5 Mill. DM den höchsten Durchschnittsgewinn, mußten aber aufgrund der verschlechterten Ertrags-lage Einbußen von 15,2% hinnehmen. Die weitaus beste Geschäftsentwicklung konnten die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und Sparkassen verzeich-nen, deren Gewinn sich um 124% auf 5,4 Mill. DM je Steuerpflichtigen erhöhte. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 94

Fast 5 000mal um den Äquator

Nahezu 195 Mill. Wagen-Kilometer fuhren die 4 760 Omnibusse, Straßenbahnen und Obusse der 573 rheinland-pfälzischen Unternehmen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr im Jahre 1981. Das entspricht einer Strecke 5 000mal um den Äquator.

Die Zahl der beförderten Personen blieb mit 343 Millionen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Im Rezessionsjahr 1975 war mit 373 Millionen Fahrgästen ein Höchststand erreicht worden. Seither hat die Beförderungsleistung stetig abgenommen.

Der allgemeine Linienverkehr, der mit 80% an der gesamten Beförderungsleistung beteiligt ist, verlor zwischen 1976 und 1980 mehr als 35 Millionen Fahrgäste. Hier war aber im Jahre 1981 wieder eine leichte Zunahme festzustellen. gz

Geringere Milcherzeugung

931 000 t Milch haben die rheinland-pfälzischen Kühe im Jahre 1981 gegeben. Das sind 30 000 t oder 3,1% weniger als 1980. Der Rückgang erklärt sich aus einer geringeren Milchleistung je Kuh (4 024 kg) und einem kleineren Milchkuhbestand. Von der gesamten Milchproduktion wurden 883 000 t (95%) an Molkereien zur Herstellung von Trinkmilch oder Verarbeitungsprodukten geliefert. rö

Weniger Rinder und Schweine

Anfang Dezember 1981 gab es in Rheinland-Pfalz 654 800 Rinder, darunter 228 400 Milchkühe, und 646 400 Schweine. Seit Dezember 1980 ist der Rinderbestand um 2,7%, der Schweinebestand um 7% kleiner geworden.

Die Zahl der Rinderhaltungen ging im gleichen Zeitraum um 4,6%, die der Schweinehaltungen um 9,2% zurück. Seit 1960 erhöhte sich der durchschnittliche Bestand je Betrieb bei Rindern von 6,5 auf 23 und bei Schweinen von 4,8 auf 24 Tiere. rö

Nur 0,4% aller Schlachttiere beanstandet

Nur 0,4% der bei der gesetzlich vorgeschriebenen Schlachttier- und Fleischschau im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz untersuchten 1,6 Millionen Schlachttiere waren zu beanstanden.

Von den 7 100 beanstandeten Tieren erwiesen sich 1 700 als für den menschlichen Verzehr nicht geeignet, 650 wurden als bedingt tauglich und 3 500 als minderwertig beurteilt. Weitere 1 250 Schlachtkörper konnten nach einer Gefrierbehandlung für tauglich erklärt werden. rö

Weniger Kinder im Straßenverkehr verletzt

Im Jahre 1981 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 3 013 Kinder unter 15 Jahren. Das sind 379 weniger als im Vorjahr. 48 Kinder wurden getötet (Vorjahr 60) und 2 965 verletzt (Vorjahr 3 332). Die Hälfte der Kinder war zwischen zehn und 14 Jahre alt, ein Fünftel noch unter sechs.

Besonders stark zurückgegangen ist die Zahl der tödlich verletzten Kinder, die zu Fuß unterwegs waren (1980: 30, 1981: 14), und zwar namentlich die der unter Sechsjährigen (1980: 20, 1981: acht). Dagegen nahm die Zahl der tödlich verletzten Radfahrer von 12 auf 15 und die der Mitfahrer in Fahrzeugen von 18 auf 19 zu. gz

An jedem zwölften Straßenverkehrsunfall waren Ausländer beteiligt

Im Jahre 1981 waren in Rheinland-Pfalz 3 167 Ausländer an Verkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligt und damit an jedem zwölften Unfall. Bei diesen Unfällen kamen 39 Ausländer ums Leben, weitere 1 562 wurden verletzt.

Von den 3 167 Ausländern hatten 411 (13%) ihren Wohnsitz im Ausland, 2 756 wohnten in der Bundesrepublik. Unter den hier ansässigen Ausländern befanden sich 565 Türken (21%), 270 Italiener (10%) und 140 Jugoslawen (5%). (Bei der Mehrzahl der übrigen Unfallbeteiligten dürfte es sich um Amerikaner handeln, die in der Unfallstatistik nicht getrennt ausgewiesen werden.) gz

Weniger Einfamilienhäuser, mehr Eigentumswohnungen gefragt

Von den Bauaufsichtsbehörden wurden im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz 23 610 Wohnungen genehmigt. Das sind 11,5% weniger als im Jahr zuvor. Ein noch geringeres Ergebnis gab es nur in den Jahren 1975 bis 1977.

Entscheidend für diese Entwicklung war die rückläufige Nachfrage bei Eigenheimen. Die Baufreigaben für neu zu errichtende Einfamilienhäuser lagen mit 8 228 Einheiten um 27% unter dem Vorjahresstand. Bei Wohnungen in Zweifamilienhäusern (7 014) wurde das Vorjahresergebnis um 1,6% unterschritten. Demgegenüber verzeichneten die genehmigten Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern (6 062) ein Plus von 12%, was insbesondere auf die große Nachfrage nach Eigentumswohnungen (+ 29%) zurückzuführen ist. hw

Themen der folgenden Hefte

Sozialprodukt 1970 - 1981
Haushaltsplanungen der Gemeinden (Gv.) 1982
Baufertigstellungen 1981
Struktur des Gastgewerbes
Der Wirtschaftsbereich Steine und Erden

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	Φ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.